

Dokumentation Fachtagung

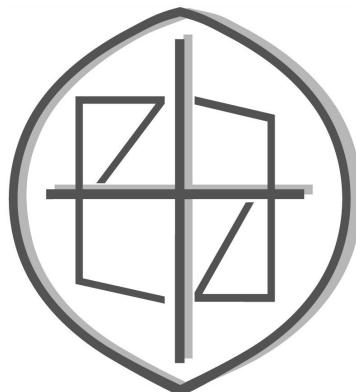
„Rechtsextremismus im ländlichen Raum“

Tendenzen, Analysen und Handlungsmöglichkeiten

15.-16. November 2004

Evangelische Akademie Meißen

eine Kooperationsveranstaltung von:



Inhaltsverzeichnis

	Seite	
0	Einleitung	2
1	Tagungsinhalt / Programm	3
2	Impulsreferat „Die ländliche Entwicklung – Ziele und Schwerpunkte bis zum Jahr 2010“; Andreas Spieker, SMUL	5
3	Impulsreferat „Ländlicher Raum – Nährboden für den Rechtsextremismus?“; Prof. Dr. Uwe Hirschfeld	11
4	Demokratische Kultur – Handlungsoption gegen Rechtsextremismus?; Friedemann Affolderbach	20
5	Ergebnisse der Arbeitsgruppen	29
5.1	AG 1: Akzeptierende Jugendarbeit	29
5.2	AG 2: Krisenintervention und Handlungsoptionen bei Gewalt	31
5.3	AG 3: Jungen prügeln. Mädchen auch!	34
6	Praxisbeispiel „Partner der Straße“; Daniel Mathe, PD Pirna	36
7	Fazit	40
	Anhang	
	- Artikel zur Fachtagung in: Der Sonntag – Online Ausgabe http://www.sonntag-sachsen.de/artikel.php?id=608	
	- Kriminalstatistik Sachsen 1999 (zur Verfügung gestellt von Frank Haake)	
	- Vergleich der Täter und Opferzahlen 1998 (zur Verfügung gestellt von Frank Haake)	
	- Abb. 1: Blockbild Frustration (Frank Haake)	

Einleitung

Ein Leben mit Perspektiven auf dem sächsischen Land“ – sicherlich eine angemessene Zielforderung an die sächsische Landespolitik – jedoch immer häufiger wird dieses Motto von rechtsradikalen Organisationen aufgegriffen. Schritt für Schritt versuchen sie ihre Strukturen in der ländlichen Region zu schaffen. Jugendhilfe, PolitikerInnen und Bevölkerung stehen oftmals vor vollendeten Tatsachen und sind hilflos. Welche rechtsradikalen Strukturen gibt es im Freistaat? In welcher Form sind Rechtsorientierte und Rechtsradikale in Sachsen aktiv? Mit welchen Problemen sehen sich Jugendliche, Bevölkerung, BürgermeisterInnen und SozialarbeiterInnen konfrontiert? Welche pädagogischen Handlungsmöglichkeiten sind einsetzbar? Können Bürgerschaft, Jugendhilfe und Politik gemeinsam ein handlungsfähiges Netzwerk aufbauen? Eine Tagung für MultiplikatorInnen, SchulleiterInnen, BürgermeisterInnen und PolitikerInnen sowie interessierte BürgerInnen.

Christian Kurzke

Studienleiter, Evangelische Akademie Meißen

Frank Thoraus

Dipl.-Sozialpädagoge, Pro Jugend e.V.

Ulrike Worbs-Reichenbach

Jugendbildungsreferentin, Sächsische Landjugend e.V.

1 Tagungsinhalt/ Programm

Montag, 15. November 2004

- 10.00 Uhr Eröffnung und Begrüßung
- 10.20 Uhr Die ländliche Entwicklung – Ziele und Schwerpunkte bis zum Jahr 2010
Andreas Spieker, Sächsisches Ministerium für Umwelt und Landwirtschaft
Moderation: Christian Kurzke
- 10.40 Uhr Ländlicher Raum - Nährboden für den Rechtsextremismus?
Prof. Dr. Uwe Hirschfeld, Evangelische Hochschule für Soziale Arbeit Dresden
Moderation: Christian Kurzke
- anschließend: Vorstellung der Arbeitsgruppen
- „vielfältiges Sachsen“ - Präsentationsmöglichkeit für Institutionen, Organisationen und Kommunen.
- 14.00 Uhr Demokratische Kultur – Handlungsoption gegen Rechtsextremismus?
Friedemann Affolderbach, Mobiles Beratungsteam Raum Leipzig des Kulturbüros Sachsen
Moderation: Frank Thoraus
- 15.30 Uhr Gruppenarbeit
AG 1: akzeptierende Jugendarbeit
Nicole Hopfe/ Frank Thoraus, pro Jugend e.V.
AG 2: Krisenintervention und Handlungsoptionen bei Gewalt
Argumentationshilfen, Rollenspiele,
Friedemann Affolderbach & Solvejg Hoepfner, Kulturbüro Sachsen
AG 3: Jungen prügeln. Mädchen auch! Formen von Gewalt und geschlechtsspezifische Ausprägung
Frank Haake, JuMP/Dresden und Elvira Ploss
- 19.30 Uhr „Voll den Blues“ ein kultureller Abend mit der Jugendtheatergruppe der Spielbühne Großenhain, SKZ Alberttreff
- 21.00 Uhr Nach(t)geplauder in der Klosterküche

Dienstag, 16. November 2004

- 8.00 Uhr Gedanken zum Tag
- 9.00 Uhr Erfahrungsbeispiele
- Daniel Mathe - „Partner der Straße“ Kriminalpolizeiinspektion Pirna
 - Bürgerinitiative Gränitz
- 11.00 Uhr Fortsetzung der Gruppenarbeit vom Vortag
- „vielfältiges Sachsen“ - Präsentationsmöglichkeit für Institutionen, Organisationen und Kommunen.
- 13.15 Uhr Fortsetzung der Gruppenarbeit
- 14.00 Uhr Vorstellen der Ergebnisse der Gruppenarbeiten im Plenum
Moderation: Ulrike Worbs-Reichenbach
- 15.00 Uhr Feedback und Tagungsauswertung
Moderation: Christian Kurzke
- 15.30 Uhr Tagungsausklang mit Kaffee und Kuchen

2 Die ländliche Entwicklung – Ziele und Schwerpunkte bis zum Jahr 2010

Impulsreferat Andreas Spieker, SMUL

Ländlicher Raum versus Landjugend

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit meinem Beitrag möchte ich versuchen, in Form einer thesehaften Zusammenfassung einige Aspekte der Position der Jugend im ländlichen Raum darzustellen, wie sie im Freistaat Sachsen wahrgenommen werden oder wie sie mit Blick auf den Koalitionsvertrag zwischen der CDU und der SPD vielleicht für die nächsten 5 Jahre als Handlungsgrundsätze Geltung erlangen können.

Dabei soll deutlich werden, dass die Betrachtung des ländlichen Raumes nicht allein auf die Gebiete der Landwirtschaft oder der Dorfentwicklung beschränkt werden darf. Wesentlich sind in erster Linie die Menschen im Dorf und mit ihnen und als wichtiger Teil von ihnen, die „Zukunftsbevölkerung“, also auch: die Jugend im Dorf!

Die Politik ist deshalb bemüht, mittels einer kontinuierlichen Unterstützung der eigenständigen Landjugendarbeit eine Hilfestellung für die positive Entwicklung der dörflichen Gemeinschaft und des gesamten Dorfes zu geben.

Jugend und Dorf sind zwei eng verwobene Begriffe, die stets zusammengehören werden. Die Dörfer entwickeln sich nur mit den Jugendlichen und umgekehrt entwickeln sich die Jugendliche mit ihren Dörfern.

Jede Entwicklung, jeder Fortschritt, aber auch jeder Rückschritt im Dorf hat direkten Einfluss auf die Zukunft der Gemeinschaft, auf die Bleibeorientierung der Jugendlichen und jungen Erwachsenen und damit unmittelbar auf die Zukunft des gesamten Dorfes.

Die Spezifik der Jugendarbeit im ländlichen Raum wird im Verhältnis zur Jugendarbeit in den Städten und Ballungszentren u. a. durch folgende Besonderheiten geprägt:

1. durch die Möglichkeit einer intensiven Einbindung der Jugendlichen und jungen Menschen in dörfliche Regelsysteme,
2. durch eine hohe Mobilitätsanforderung an die Jugendlichen und jungen Menschen und
3. durch eine (noch) starke Verbundenheit mit ländlichen Traditionen, und ein (noch) reges Vereinsleben.

Dies erfordert, - neben den allgemeinen Aufgaben in der Jugendarbeit - besondere Arbeitsformen zu entwickeln, die zur Verbesserung der bildungspolitischen, kulturellen und sozialen Lage der Jugendlichen beitragen.

Ziel muss dabei sein, das Leben für Jugendliche im ländlichen Raum lebenswert, interessant, attraktiv und zukunftsorientiert zu gestalten:

Zitat Koalitionsvertrag:

„Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Sachsen bleiben Ziel der Landespolitik. Verdichtungsräume und ländliche Räume sind miteinander verflochten und aufeinander angewiesen. Die Gemeinden im ländliche Raum haben in den vergangenen Jahren an Attraktivität gewonnen, aber es besteht weiterhin Nachholbedarf.“

Sie sehen, sehr geehrte Damen und Herren, die Staatsregierung hat bereits mit dieser Formulierung für die kommenden Jahre eine umfassende Aufgabe ins Pflichtenheft geschrieben bekommen.

Mit den nachfolgenden 5 Thesen sollen Orientierungen zur Standortbestimmung und zum Blick in die Zukunft gegeben werden.

These 1

Die aktive Mitwirkung der Jugend bei der Entwicklung des ländlichen Raumes wird ein wesentlicher GRUNDSATZ sein!

In den vergangenen 14 Jahren hat sich nach meiner Ansicht gezeigt, dass die jungen Menschen im ländlichen Raum unseres Freistaates Sachsen relativ „bodenständig“ sind.

Die komplizierte arbeitsmarktpolitische Situation veranlasste jedoch einen recht großen Teil der Jugendlichen im Alter zwischen 18 und 27 Jahren temporär oder dauerhaft den Freistaat Sachsen zum Zwecke der Ausbildung oder des Erwerbs in die alten Bundesländer zu verlassen.

Dieser Abwanderungsdruck hatte zur Folge, dass Jugendliche häufig ein vermindertes Interesse zur Mitwirkung bei der Gestaltung des ländlichen Raumes zeigten.

Die cleversten und flexibelsten Jugendlichen gingen weg, Motoren fuhren davon, Meinungsbildner hatten keine Meinung mehr....!

Ein weiterer Aspekt für das abnehmende Engagement der Jugendlichen ist die komplizierte Situation im persönlichen Bereich. Es wurde m. E. deutlich, dass sich viele Jugendliche in Folge auftretender persönlicher Probleme (fehlende Lehrstelle, kein Job,...) zunehmend „vereinzeln“.

Daraus folgte eine fortschreitende Individualisierung des Zusammenlebens der Jugendlichen - auch im ländlichen Raum. Junge Menschen wurden orientierungslos, junge Menschen waren haltlos und suchten doch einen Halt....!

Es ist heute spürbar, dass Jugendliche, die in einem festen Arbeitsverhältnis stehen, stärker in der ländlichen Entwicklung engagiert sind. Gerade auf dem Gebiet der Beteiligung am gesellschaftlichen Leben der Jugendlichen in den Kommunen zeigt sich der Zusammenhang zwischen gesellschaftlichem Engagement und Perspektive des Einzelnen in der Region.

Der ländliche Raum soll jedoch nicht nur Ort der Jugendarbeit, er muss auch Gegenstand der Jugendarbeit sein. Durch die intensive Beschäftigung und positive Aneignung des eigenen Lebensumfeldes kann durchaus ein neues Selbstbewusstsein geprägt werden.

Die Jugendlichen müssen begreifen, dass der Wert der Lebensqualität im Dorf in hohem Maße von ihnen selbst abhängt.

Für diesen Erkenntnisprozess bedarf es unbestritten der finanziellen Unterstützung von außen, also von Seiten der Kommunen, der Jugendämter und der obersten Jugendbehörde.

Es bedarf des „fachlichen Rates“ und öffentlicher Anerkennung, keinesfalls jedoch der ständigen Bevormundung durch irgendwelche selbsternannte „Experten der Jugendarbeit“.

These 2

Die Arbeit von Landjugendgruppen und Vereinen – eine eigenständige Arbeit!

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Mittelpunkt der ländlichen Jugendarbeit steht die Aufgabe, durch gemeinsame Aktionen und Gruppen(erfolgs-)erlebnisse eine Art „Gemeinschafts- und Solidargefühl“ unter den Jugendlichen vor Ort zu entwickeln, welches durchaus in der Gründung und Entwicklung von Landjugendgruppen oder Vereinen münden kann.

Die Arbeit in Landjugendgruppen oder Vereinen bietet deutliche Vorteile, denn:

- Die Jugendlichen werden innerhalb der Gruppe stark motiviert, sich im jeweilig interessierenden Bereich weiterzubilden und sich fachlich zu informieren.
- Die Jugendlichen entwickeln Selbstbewusstsein, Selbstwertgefühl und erlernen Umgangsformen durch Geselligkeit.
- Die Jugendlichen werden stärker motiviert, ihren Unwillen über Missverhältnisse in den unterschiedlichsten Bereichen zu artikulieren.
- Eine Gruppenmeinung findet in der Regel eine bedeutend stärkere Akzeptanz als die persönliche Meinung des Einzelnen. Das hat zur Folge, dass Jugendliche innerhalb der Gruppe in der Lage sind, ihre Meinungen im Dorf besser durchzusetzen.

Ich denke, es kommt bei der Entwicklung des ländlichen Raumes weiterhin darauf an, die Aktivitäten ländlicher Jugendgruppen und Vereine gezielt und differenziert zu fördern und in den Dörfern, Kleinstädten und Landkreisen mit ihnen und nicht gegen sie zu arbeiten.

Junge Menschen sollen sich zusammenfinden- und werden sich zusammenfinden!

Jugendliche sollen sich artikulieren- und werden sich artikulieren!

Nimmt man sie nicht wahr oder ignoriert man sie, muss man sich über einen (links- oder rechts-)extremen Aufschrei nicht wundern....!

These 3

Der Wandel seit 1990 – und es wandelt sich weiter!

- Es gibt seit langem keine LPG mehr, die – ob freiwillig oder nicht -, einen Jugendclub finanziert (sponsert);
- Es gibt keine Klassenlehrer/innen mehr, die auch nach der Schule Jugendcliquen beraten;
- Es gibt keine Betriebe mehr, die es sich leisten können, große Sommerferienlager zu unterhalten oder Mitarbeiter für gesellschaftliche Tätigkeiten wie Jugendarbeit freustellen zu können.

All das und vieles mehr ist schon lange Geschichte, ob nüchtern konstatiert oder mit verklärtem Rückblick erzählt – es ist W wie weg!

Das Schulnetz hat gröbere Maschen bekommen, das System „Schule“ funktioniert anders und strahlt schon lange nicht mehr so auf die Freizeit aus, wie früher. Ob es heute insgesamt besser- oder schlechter geworden ist, ist nicht Gegenstand der Betrachtung dieses Vortrages.

Durch die Umstrukturierung der landwirtschaftliche Produktion im Freistaat Sachsen kam es zu Beginn der 90iger Jahre zum Ausscheiden von mehr als 140.000 Beschäftigten aus dem Agrarbereich.

Es ist davon auszugehen, dass ca. 1/3 der aus diesem Prozess ausgeschiedenen Arbeitnehmer/innen Menschen im jugendlichen Alter, also zwischen 18 und 30 Jahren waren.

Mehr und mehr Zusammenhänge spielen die Zusammenhänge zwischen Verbraucherschutz, Umweltschutz und Landwirtschaft eine Rolle in der öffentlichen Diskussion. Der bäuerliche Berufsstand hat es dabei nicht immer leicht, ... meist zu Unrecht!

Eine landwirtschaftliche Berufsperspektive hat seitdem unter den Jugendlichen ein stark ausgeprägtes Negativimage.

Zitat Koalitionsvertrag:

„Einen Schlüssel für die weitere Entwicklung der Landwirtschaft sieht die Staatsregierung in der Qualifizierung der Beschäftigten und in der Ausbildung der jungen Menschen. Die Staatsregierung wird die Berufsbildung in den mit Bundesmitteln geförderten überbetrieblichen Ausbildungsplätzen fortsetzen.“

Neben der geplanten Fortsetzung der Dorfentwicklung soll auch mit gezielten Imagekampagnen das Bild der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes verbessert werden.

Auch dieser Thematik wendet sich der Koalitionsvertrag mit Blick auf die vor uns stehende Legislaturperiode zu,

ich zitiere:

„Mit einem weiterentwickeltem sächsischen Dorfentwicklungsprogramm (SEP) für die neue Strukturfondsphase ab 2007 sollen Instrumente der ländlichen Entwicklung (Dorfentwicklung, Neuordnung, Landtourismus) gebündelt und konzentriert eingesetzt werden. Vorrangiges Ziel ist ein stärkeres ländliches Regionalmanagement mit örtlicher Kompetenz.“

Gute konkrete Ansatzpunkt dazu waren in der Vergangenheit z. B. Einladungen an Schulklassen aus städtischen Schulen, landwirtschaftliche Betriebe unterschiedlichster Struktur zu besuchen, um die landwirtschaftliche Produktion den Jugendlichen auf diesem direkten Wege anschaulich zu machen und näher zu bringen.

Die Zukunft des ländlichen Raumes hängt entscheidend davon ab, inwieweit die Jugendlichen motiviert werden, das eigenen Gemeinwesen weiterhin als Lebens-, Arbeits-, Sozial- und Kulturraum selbst mitgestalten zu können.

Die aktuelle Akzeptanz des „Lebens auf dem Dorfe“ bei den Jugendlichen leidet an den oftmals infrastrukturellen Voraussetzungen im ländlichen Raum und hier vor allem an der ungenügenden Anzahl von Ausbildungs- und Erwerbsmöglichkeiten in erreichbarer bzw. in zumutbarer Nähe.

Dazu nun wieder ein Zitat aus dem Koalitionsvertrag:

„Die Koalitionspartner bekennen sich zur weiteren Förderung im Bereich Dorfentwicklung/ Ländlicher Raum. Auf Grund des engeren Finanzrahmens der Bund – Länder – Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ muss allerdings umgesteuert werden. Dabei liegt die Priorität auf arbeitsplatzschaffenden Maßnahmen sowie auf der Förderung junger Familien auf dem Lande. Damit soll besonders der Abwanderung junger Familien vorgebeugt werden.“

These 4

Jugend und Freizeit im ländlichen Raum – besondere Umstände nutzen!

Das „nicht mehr so angewiesen sein“ von Jugendlichen auf ihr Dorf spiegelt sich selbstverständlich auch in der Jugendarbeit im ländlichen Raum wider.

Nicht nur durch eine stark gestiegene Mobilität, sondern auch durch die gewachsene Anzahl an kommerziellen Freizeitangeboten haben Jugendclubs und Jugendgruppen im Dorf ihr Monopol als Vermittler von Jugendkultur seit langem verloren.

Trotzdem darf der Jugendfreizeitbereich keineswegs als prägender Faktor für den Bleibewunsch der Jugendlichen im ländlichen Raum vernachlässigt werden.

Die eigenständige Jugendarbeit in unseren ländlichen Kommunen wird getragen von Jugendlichen, die sich in Gruppen zusammenfinden oder sich in das bestehende Vereinsleben einbinden, um gemeinsamen Interessen nachzugehen. Damit beleben sie auf direkte und unmittelbare Art- und Weise das Dorfleben.

Im Mittelpunkt steht sicher die Geselligkeit. Sie ist eine Form der sinnvollen Freizeitgestaltung und bietet die Möglichkeit zur Meinungsbildung mit eingeschlossener Alltagsberatung durch die Jugendlichen selbst.

These 5

Ein Blick nach vorn: es bieten sich viele Chancen und Möglichkeiten!

Sehr geehrte Damen und Herren,

mein kurzer Vortrag sollte den Charakter eines „Impuls-Referates“ tragen. Das Wort „Impuls“ ist eine Ableitung aus dem lateinischen Wort „impulsum“ und bedeutet „einschlagen“.

Ob diese Thesen eine „einschlagende Wirkung“ haben können, ist wohl eher zu bezweifeln, dass dagegen das Thema dieser Tagung in heutiger Zeit sozusagen einschlägt, steht zweifelsfrei fest!

Seit wenigen Tagen arbeitet in Dresden nunmehr ein neues Kabinett auf Grundlage des von mir mehrfach zitierten Koalitionsvertrages zwischen der CDU und der SPD. Dieser Vertrag beinhaltet u. a. auch die Eckpunkte für die sächsische Kinder- und Jugendpolitik (Pkt. 6.2) und die grundsätzlichen Ziele für die weitere Entwicklung des ländlichen Raumes im Freistaat Sachsen (Pkt. 10.1) in den nächsten Jahren.

Wie sie sicher erkannt haben, lassen beide Punkte recht klar und unmissverständlich erkennen, dass sowohl unseren Dörfern als auch unserer Jugend auch im Zeitraum bis 2010 ein gehöriges Maß an Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Wir alle tragen dafür Verantwortung, diese beiden Punkte zusammenzuführen und mit Leben zu erfüllen, - im Sinne unserer Demokratie und im Sinne des Gemeinwohls!

Gestalten sie mit, seien sie Kreativ! Dieser wichtigen Tagung wünsche ich gute und realisierbare Ergebnisse.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

3 Ländlicher Raum – Nährboden für Rechtsextremismus?

Impulsreferat Prof. Dr. Uwe Hirschfeld

Ev. Hochschule für Soziale Arbeit Dresden (FH)
Postfach 200 143 / 01191 Dresden
Semperstr. 2a / 01069 Dresden
Telefon 0351/46902-0
www.ehs-dresden.de
uwe.hirschfeld@ehs-dresden.de

Ländlicher Raum und Rechtsextremismus

1. aktuelle Situation: NPD, Landtag
2. Rechtsextremismus: 2 Strömungen
3. der ländliche Raum allgemein
4. Ideologische Milieus
5. Chancen der Kommunen

1. Aktuelle Situation: NPD, Landtag

Es gereicht der Ev. Akademie Meißen zur demokratischen Ehre, wie wohl auch den hier versammelten TeilnehmerInnen, dass der Rechtsextremismus nicht erst nach der Landtagswahl als wichtiges Thema erkannt wurde. Ich werde daher auch nicht weiter auf diese Ergebnisse eingehen. War der Einzug von 12 NPD-Abgeordneten einer schwarzer Tag für das sächsische Parlament, so haben die zwei Abgeordneten, die nicht der NPD angehören, aber dennoch am 10.11. den rechtsextremen Kandidaten Leichsenring gewählt haben, einen noch viel größeren Schaden angerichtet. Dieser Skandal sollte nicht vergessen werden, aber die Aufregung sollte auch nicht darüber hinweg täuschen, dass die eigentlichen Probleme und Gefahren wo anders liegen.

1. Rechtsextremismus: 2 Strömungen

Was die Skizzierung des Rechtsextremismus angeht, möchte ich hier nur auf zwei Aspekte, die sich fatalerweise auch noch gegenseitig verstärken, hinweisen.

Zum einen haben wir es in ostdeutschen Ländern überwiegend mit einem aggressiven, sozialromantisierenden Rechtsextremismus bei Jugendlichen zu tun, der (nicht nur, aber eben doch zu einem großen Teil) aus den Enttäuschungen über den westdeutschen „way of life“ entspringt, den man, als die Mauer noch stand, als golden vorgeführt bekam. Als er denn kam, war zwar viel Glanz, aber wenig Gold, waren da viele Versprechen, aber keine eingelöst. Nicht nur, dass selbst der Westen nie so „golden“ war, wie er sich via TV, Zeitschriften und Katalogen präsentiert hatte, der Westen hatte zudem schon längst seinen wohlfahrtsstaatlichen Zenit überschritten und steckte in der Krise.¹ Die beigetretenen neuen

¹ Sozialwissenschaftlich präzise müsste man davon sprechen, dass die fordistische Regulation, deren „Kurzformel“ in der Bundesrepublik „Massenproduktion und wohlfahrtsstaatlich gestützter Massenkonsum“ gelautet haben könnte, in die Krise geraten ist und sich nun eine neue, postfordistische Regulationsweise entwickelt (siehe z.B. Hirsch/Roth 1986)

Bundesländer wirkten für kurze Zeit noch einmal (für die Wirtschaft) als milliardenschweres Förderprogramm – finanziert über die Sozialkassen, konnten aber die Krise nur verschieben, nicht lösen. Vielmehr schlugen die Probleme durch die überstürzte und brachiale Beitrittspolitik nun noch stärker zu.

Für einen großen Teil der „nostalgischen“ ostdeutschen Rechten gilt, dass sie sich eigentlich „nur“ den „goldenen Westen“ auf hiesigem Boden wünschen. Das ist ein Wunsch, den sie durchaus mit anderen Wählern, sei es der CDU, der PDS oder auch der SPD, teilen. Was sie aber ganz anders sehen, ist die Antwort auf die Frage, wer denn daran Schuld sei, dass der westliche „way of life“ eine Illusion war. In ihren Augen sind dafür „die Ausländer“ und „die Sozialschmarotzer“ verantwortlich, die Deutschland arm machen. In ihren Augen sind dafür Demokratie und Mitbestimmung verantwortlich, mit denen alles „zerredet“ wird. In ihren Augen sind dafür internationale Konzernchefs und das „jüdische Kapital“ verantwortlich, die die deutsche Nationalökonomie zerstören – usw. usf.

In der sozialwissenschaftlichen Diskussion gilt als einfachste Definition von Rechtsextremismus, wenn eine Überzeugung von der prinzipiellen Ungleichheit der Menschen einhergeht mit der Bereitschaft, die eigene Weltanschauung mit Gewalt durchzusetzen. Diese brisante Mischung ist auf den Straßen und Plätzen in Sachsen immer wieder zu finden: in ihrer stupidesten Form ist sie an Bomberjacken, Springerstiefeln und Kurzgeschorenem Haar zu erkennen. Soweit so schlecht, aber auch so einfach (wobei es tatsächlich schon längst nicht mehr so einfach ist, rechte Jugendliche an ihrer Kleidung zu identifizieren).²

Schwierig wird die Angelegenheit, weil es nicht dabei bleibt. Es gibt noch einen anderen Rechtsextremismus, der nicht mit Baseballschlägern durch die Strassen zieht und der klug genug ist um zu wissen, dass es keinen „goldenen Westen“ hier geben wird. Die Ideologie dieser Rechten zielt nicht darauf ab, Deutschland zu einer Insel seliger Deutscher zu machen indem man sich vom Rest der Welt zurückzieht, sondern diese „modernen“ Rechten wollen international führend sein. Die Globalisierung ist für sie keine Beschädigung des Sozialstaats, vielmehr eine Herausforderung den Standort „D“ international begehrt und bestimmend zu machen. Wünschen sich die „nostalgischen Rechten“ Solidarität im nationalen Sozialstaat, fordern die „modernen Rechten“ die Durchsetzung des wirtschaftlich (und militärisch) Stärkeren in der internationalen Konkurrenz. Diese „modernen Rechten“ tragen Anzüge, sind schulisch gebildet, haben anständige Manieren und kennen (vielleicht) auch ein paar Ausländer, die sie persönlich ganz nett finden.

In meiner knappen Skizze habe ich die beiden Gruppen ideologisch scharf geschieden³ – in der politischen Praxis verbinden sich die Fraktionen allerdings miteinander. Die „nostalgische Motivation“, die weite Kreise der Bevölkerung erfasst, wird eingebunden in eine politische Programmatik, die mit dem neoliberalen Mainstream von CDU, FDP und Teilen der SPD zumindest punktuell kompatibel ist.⁴

² „Trotz der Dominanz von Skinheads in der rechtsextremen Szene, lassen sich eine Glatze, Springerstiefel und Lonsdale-Klamotten nicht als Indiz für eine entsprechende Gesinnung festmachen. In den letzten Jahren entwickelte die Szene eigene Marken und Labels (z.B. Thor Steinar, Walhall etc.) die ein sehr differenziertes und an jugendkulturellen Entwicklungen orientiertes Outfit kopieren und über Internetversand verkauft werden. Diese Produkte wirken recht attraktiv auf jüngere Jugendliche und vereinfachen die Zugehörigkeit zu einer rechten Gruppierung, ohne für öffentliche Aufregung zu sorgen. Außerdem haben die von der Szene bevorzugten Firmen wie Lonsdale und Fred Perry Werbekampagnen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit entwickelt, die bei ‚dresscodebewussten‘ Anhängern der Szene ihre Wirkung nicht verfehlt haben.“ (Hirschfeld 2003, 20)

³ Ich folge damit der Analyse von Steinmetz (1994).

⁴ Zur Anschlussfähigkeit der modernen Rechten an den Neoliberalismus siehe Butterwegge (1999, 89ff).

Das ist es, was m. E. gegenwärtig die politische Gefahr ausmacht. Nicht die fast 10% für die NPD bei der Landtagswahl, sondern die Normalität, die darunter liegt. Bei der nächsten Wahl wird die NPD vielleicht wieder unter 5% liegen, aber was bleibt, ist eine weitere Verschiebung des politischen Klimas (oder einer imaginären politischen Mitte) nach rechts. Viele politische Positionen, die heute ernsthaft von den etablierten Parteien vertreten werden, wären als Forderungen noch vor 10 oder 20 Jahren unmöglich gewesen, da sie als undemokratisch, unsolidarisch, nicht sozialpartnerschaftlich, als unausgewogen, als nicht mit dem Geist des Grundgesetzes vereinbar gesehen worden wären.⁵

Die Rechte wird in der Bundesrepublik in absehbarer Zeit nicht an die politische Macht kommen, aber sie ist auf der einen Seite dabei, ideologische Räume zu erobern und die agierenden Politiker tiefer in einen Marktradikalismus zu treiben, der zu einer weiteren Aushöhlung von Demokratie führt.⁶

Hier sei eine Nebenbemerkung zur sog. „Politikverdrossenheit“ erlaubt: bei den Bürgerinnen und Bürgern „Politikverdrossenheit“ zu diagnostizieren ist so einfach wie falsch. Wir können seit mehreren Jahren beobachten, wie die Politik ihrer Inhalte verloren gibt, sich mit formalen Ritualen bei kaum unterscheidbaren Parteien begnügt, und ansonsten den betriebswirtschaftlichen Sachzwang das Regieren überlässt. In diesem Sinne verschwindet die (demokratische) Politik aus dem Geschäft. Die oft so geschmähte Verdrossenheit der Bürger ist die (naiv) angemessene Reaktion auf das Entschwinden der Politik, genauer der Demokratie. Zutreffend müsste man also von einer Verdrossenheit an der „Nicht-Politik“ sprechen.

Zurück zur extremen Rechten. Während sie die politischen Protagonisten ideologisch weiter nach rechts verschieben, sind sie andererseits dabei, an der Basis, in konkreten Sozialräumen eine Atmosphäre der Einschüchterung und der politischen Alternativlosigkeit zu etablieren. Dies gelingt ihnen umso leichter, als sich auf der politischen Bühne ja auch keine Alternativen mehr zeigen. Vor Ort kann diese Situation tödlich sein: für die politische Phantasie, die den demokratischen Streit um Alternativen braucht, aber auch körperverletzend für diejenigen, die anders sind, anders denken, anders aussehen, die behindert sind oder Frau oder nicht von hier oder widersprechen: immer die Freiheit verletzend und mitunter tödlich.⁷

3. Der ländliche Raum, allgemein

Sicherlich kann man von dem ländlichen Raum nicht sprechen, er existiert nur im Plural und die Unterschiede zwischen einer Dresdner Randgemeinde und einem Dorf im Erzgebirge sind gravierend. Wenn wir genauer hinsehen wollen, dann sollten wir uns auf die so genannten „strukturschwachen“ Gebiete konzentrieren. Der Raumordnungsbericht des einschlägigen Bundesamtes benennt „die folgenden Kriterien: extrem niedrige Bevölkerungsdichte, häufig unzureichende Versorgung mit technischer und sozialer Infrastruktur, eingeschränktes Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln; die ... arbeitslos gewordene Bevölkerung kann nicht ... aufgefangen werden; die Investitionstätigkeit bewegt sich auf geringem Niveau; anhaltende Bevölkerungsverluste, v. a. der jungen und qualifizierten Bevölkerung sowie

⁵ Die „Überlegungen“ des Bundespräsidenten Köhler zu den unterschiedlichen Entwicklungsperspektiven von Ost und West illustrieren dies.

⁶ So titelt Bodo Zeuner (1997) zutreffend: „Entpolitisierung ist Entdemokratisierung.“ Ein erschreckendes Beispiel kann man, bei dem selbst empörten Hermann Scheer (2003, 101ff) nachzulesen.

⁷ Die „Frankfurter Rundschau“ bilanzierte am 23.9.2000 für die 10 Jahre ab 1990 über 90 Opfer von Totschlag und Mord, wo die Täter aus dem rechtsextremistischen Bereich kommen und die Taten dementsprechend motiviert waren!

geringe Geburtenzahlen gefährden mittel- bis langfristig den Fortbestand dieser Räume als funktionsfähige Siedlungsräume und Kulturlandschaften.“ (Opitz-Karig 2003, 21; Ausl. UH)

Für im Osten Ansässige stehen ohne viel Phantasie Bilder solch „strukturschwacher Räume“ vor Augen. Dennoch ist nicht zu unterschlagen, dass es sie auch im Westen gibt – nur nicht so gehäuft und nicht so extrem und aktiv „geschwächt“.

Es ist ja immerhin mal zu bedenken, dass die „strukturschwachen Räume“ nicht vom Himmel gefallen sind, auch keine Naturgegebenheiten sind (jedenfalls nicht in Mitteleuropa!). Hier ist m. E. ein wesentlicher Unterschied zwischen den „strukturschwachen Gebieten“ in Ost und West. Auch im Westen waren es selbstverständlich wirtschaftliche und politische Absichten, die diese Räume aus der weiteren Entwicklung herausnahmen (bzw. nicht einbezogen), aber sie setzen sich aus vielen, vielen einzelnen Entscheidungen zusammen, vollzogen sich langsam und traten nicht so geballt auf – in der Gesamtschau mag der Prozess als „naturwüchsig“ erlebt worden sein.

In den ostdeutschen Ländern dagegen kann man den Beginn der „Strukturschwächung“ oftmals punktgenau definieren: auch wenn der wirtschaftspolitische Crash-Kurs der Kohl-Regierung und die undemokratische und unsoziale Politik der Treuhand-Anstalt aus der öffentlichen Erinnerung verdrängt erscheinen, finden sich hier doch die wesentlichen Grundlagen der sozioökonomischen Strukturierung des Ostens.⁸ Natürlich kann man einwenden, dass der Lebensstandard der Menschen in den „strukturgeschwächten“ Gebieten heute höher ist als zu DDR-Zeiten: sie können verreisen, sie können alles kaufen, brauchen nicht Schlange-Stehen, haben Autos usw. usf. – nur trifft das nicht den m. E. entscheidenden Punkt. „Strukturschwäche“ ist ja ein relationaler Begriff, die „strukturstarken“ Räume sind ja der Vergleichsmaßstab. Und die gibt es eben auch, uns zwar jetzt in einem viel stärkeren Maße als in der DDR. Sieht man von Berlin, der in allen Angelegenheiten bevorzugten „Hauptstadt der DDR“ verteilte sich der Mangel, auch der infrastrukturelle Mangel recht gleichmäßig über das Land. Jetzt sind die Unterschiede zwischen „strukturschwach“ und „stark“ wesentlich gravierender und vielfältiger. Dies betrifft vor allem die de-industrialisierten Bereiche, in denen die sozialen, kulturellen und kommunalen Zusatzleistungen der Kombinate restlos verschwanden.⁹

Man findet die „strukturgeschwächten Räume“ in Sachsen auch ohne die Lektüre ökonomischer und sozialer Kennziffern. Ein Blick auf die Landkarte der NPD-Stimmenanteile führt zur Identifizierung solcher Gebiete. Die „Hochburgen“ der NPD sind in der Sächsischen Schweiz, in Riesa-Großenhain, im Mittleren Erzgebirge, im Vogtlandkreis und in der Niederschlesischen Oberlausitz zu finden. Die SZ fasst zusammen: „Besonders auffällig sind die hohen Zugewinne in den Grenzregionen zu Tschechien und Polen, wo die Rechten fast durchgängig zweistellige Ergebnisse einfuhren.“ (Gertoberens [Hg.] 2004, 15)

Was heißt das für das Leben, insbesondere von Jugendlichen in diesen „strukturschwachen“ Gebieten? Studien haben festgestellt, „dass soziale Bindungen und Kontakte am Wohnort für Jugendliche von großer Bedeutung sind, die Clique ihnen soziale Identität und Schutz in der Gruppe bietet, und der überwiegende Teil der Jugendlichen auch einer solchen Clique zugehörig ist.“ (Opitz-Karig 2003, 22) Dabei spielen zwei Faktoren eine entscheidende Rolle: zum einen fehlt die „großstädtische“ Auswahlmöglichkeit zwischen verschiedenen Cliquen vor Ort und zweitens verhindert die defizitäre Nahverkehrsstruktur ein individuelles Ausweichen an andere Orte. Opitz-Karig fasst daher zusammen: „Die Jugendlichen stehen in ländlichen Regionen auf Grund ihres Mobilitätsbedarfs unter zusätzlichem Anpassungsdruck an vorhandene Cliquenstrukturen ... Das heißt häufig konkret: Wenn im Ort nur eine rechts

⁸ Gegen das Verdrängen dieser Politik aus der gesellschaftlichen Erinnerung ein Hinweis auf Literatur, die den (angeblichen) „Vereinigungsprozess“ nicht als zwangsläufig und unabwendbar verschleiert: Vilmar (Hg.) 2000.

⁹ Auf diesen Punkt der aktiven Strukturschwächung gehen wir später noch einmal ein.

orientierte Gruppe von Jugendlichen vorhanden ist, dann schließt man sich eben alternativlos dieser an, sollen die sozialen Kontakte zu Gleichaltrigen nicht gänzlich abbrechen.“ (Opitz-Karig 2003, 23; Ausl. UH). Was die NPD gegenwärtig „erntet“ sind nicht zufällige Protestwähler, sondern hier in Sachsen ist die vor Jahren gelegte und gepflegte Saat aufgegangen.

Nun ist allerdings aufzupassen, dass man es sich nicht zu einfach macht, und meint das Problem lösen zu können, in dem man zukünftig in diesen Gebieten den Wahlkampf verstärkt, vielleicht auch dort die eine oder andere Investition lanciert. Wenn man es so schlicht (und schlecht) angeht, läuft man Gefahr, den Rechtsextremismus noch zu stärken, denn behandelte man die BürgerInnen wie Stimmvieh: dass sie zukünftig „richtig“ wählen, gibt es ein kleines „Leckerli“. Das Problem liegt aber tiefer, auch wenn es mit wirtschaftlichen Strukturen und Entscheidungen und Perspektiven zu tun hat, lässt es sich nicht darauf reduzieren. Insbesondere an den Orten, wo sich der Rechtsextremismus auf ein großes Reservoir stützen kann, haben wir es mit einem ideologischen Milieu zu tun. Und ideologische Milieus sind keine einfachen, dummen Reflexe auf wirtschaftliche Verhältnisse, sind auch nicht einfach Meinungen, die man mal eben mit gut gemeinter Aufklärung ändern könnte.

4. Ideologische Milieus

Ideologische Milieus sind Organisationen der Vergesellschaftung. Sie hören an dieser Begriffsbestimmung schon, dass wir es mit etwas wesentlich gewichtigerem zu tun haben, als bloßen Meinungen, Einstellungen. Mein Augenmerk richte ich weniger auf die Ideologie, als vielmehr auf das Ideologische.¹⁰ Darunter ist der „Wirkungszusammenhang ideeller Vergesellschaftung-von-oben“ zu verstehen (Haug 1993, 50). Es geht um die Erzeugung imaginärer Gemeinschaft in realen Klassengesellschaften. Die Subjekte werden in die gesellschaftliche Hierarchie eingebunden, d.h. untergeordnet – gleichwohl meinen sie sich in einer starken Gemeinschaft (von „Volksgenossen“) gegenseitig getragen und gestützt. Im Falle rechtsextremer ideologischer Milieus gründet dies vor allem auf der vorgeblich einfachen Unterscheidung von „wir“ und die „anderen“. Die Abgrenzung, Verfeindung schafft zu einem beträchtlichen Teil das identitätsstiftende „wir“. Die schon angesprochene reale Bedeutung der Gruppe wird hier noch einmal ideologisch überhöht. Hier ist noch einmal der Punkt, auf die aktive „Strukturschwächung“ zu sprechen zu kommen: in einem Weltbild, das Feindbildern einen hohen Stellenwert einräumt, passen absichtsvollen Schließungen, flächendeckender Strukturabbau usw. natürlich wie die Finger in den Handschuh!¹¹

In einem anderen Zusammenhang formulierte Haug einmal das Verhältnis von realer Gemeinschaft und Ideologie. Ich zitiere: „Die Zersetzung des Gemeinwesens stabilisiert sich durch seine ideologische Wiedereinsetzung.“ (Haug 1993, 84) In unserem Zusammenhang kann man das als Beschreibung „strukturgeschwächter“ Räume lesen: Die Schwächung der Infrastruktur wird durch die ideologische Beschwörung des Gemeinwesens stabilisiert.

Selbstverständlich gibt es keinen Automatismus, der von politisch-wirtschaftlicher Strukturschwächung zu rechtsextremistischer Ideologie führt. Es gibt auch andere ideologische / kulturelle Reaktionsformen und welche jeweils greifen, ist von einem komplexen Geflecht unterschiedlicher Faktoren abhängig.

¹⁰ Damit folge ich der Theorie des Ideologischen von W.F. Haug (1993)

¹¹ In gewisser Weise erklärt das auch die Stärke der PDS in diesen Gebieten: auch sie bietet „passende“ Erklärungen für die infrastrukturelle Verarmung. Auf die -entscheidenden- Unterschiede kann hier nicht eingegangen werden.

Auffällig ist, dass sich die hohen NPD-Wahlergebnisse vor allem in grenznahen Gebieten zeigen. Die nahe liegende Erklärung ist die, dass die Grenze und ihre Öffnung im Zuge des EU-Beitritts, als Bedrohung gesehen wird. Dabei wird noch einmal deutlich, welche bedeutende Rolle die Imagination spielt. Tatsachen (das was wir dafür halten) verblassen gegenüber den Vorstellungen, Vorurteilen und Phantasien. Auch deswegen, ich wiederhole noch einmal meinen Hinweis, dass es mit der wohlmeinenden Ansiedlung von ein paar Betrieben nicht getan sein wird, denn dies wird im Rahmen des ideologischen Milieus gesehen und bewertet und wird damit nicht dazu führen, vom Rechtsextremismus Abstand zu nehmen. Mehr noch (gewagte These): besonders anfällig für rechtsextreme Vorstellungen sind Menschen, die von Deklassierung bedroht sind. Gäbe es in diesen Orten solche Betriebe, wäre die Fragilität des Standorts doch weiterhin bewusst und vielleicht wären es ein paar Menschen mehr, die, weil sie jetzt Ausbildung und Arbeit haben, sich durch den möglichen Verlust bedroht fühlen.

Selbstverständlich muss die Wirtschaft in diesen Bereichen gefördert werden (hier müsste auch über die m. E. verfehlte sächsische Wirtschaftspolitik der „Leuchttürme“ diskutiert werden), aber einen politischen Wert bekommt diese Förderung nur, wenn sich die Gemeinden selbstkritisch und offensiv daran machen, reale Gemeinschaften zu etablieren.

5. Chancen der Kommunen

Wenn in den letzten Jahren etwas gelernt werden konnte, dann dies: Vor Ort ist der extremen Rechten keinen Raum und keinen Platz zu überlassen.

1. Polizei und Justiz haben alles Nötige zu unternehmen um die Schaffung einer Atmosphäre der Einschüchterung und der Alternativlosigkeit, das was die Rechten „befreite Gebiete“ nennen, zu verhindern. Leider geschieht dies in nicht ausreichendem Maß, deshalb muss
2. die politische Öffentlichkeit diese Vorfälle skandalisieren und Druck erzeugen, dass die Behörden ihren Verpflichtungen nachkommen. Damit stärken sie zugleich den demokratischen Diskurs, befördern das Engagement der BürgerInnen und besetzen selbst die Räume, die sonst den Rechten offen ständen. Nachher, aus pädagogischer Sicht, noch mehr zu dem, was vor Ort zu tun ist.

Auch ein gewichtiger Teil der etablierten Politik hat ihren Part -teilweise- begriffen. An die Stelle des AGAP ist civitas getreten. Grundlage dieses Programms, das man stellvertretend für eine Reihe anderer Programme nennen kann (sogar in Sachsen gibt es ein in diese Richtung zielendes „Mini-Programm“: Sächsische Jugend für Demokratie!), sind zwei wesentliche Einsichten.

1. Rechtsextremismus ist kein Jugendproblem, sondern ein gesamtgesellschaftliches Problem.
2. Dem Rechtsextremismus begegnet man, indem man die Zivilgesellschaft entwickelt. Dies geschieht, in dem die demokratische Kultur gefördert wird.

Auch hierzu muss man eine Anmerkung machen. Die Zeiten, wo die Herausbildung demokratischer Haltungen und eines demokratischen Umgangs miteinander „im Selbstlauf“, quasi „automatisch“ geschah sind vorbei. Die von großen Teilen der Politik, von einem großen Teil der Medien und von der Wirtschaft vermittelte Haltung ist die des Egozentriker (um nicht zu sagen: des Egoisten) und der propagierte Umgang ist der der allgemeinen gegenseitigen Konkurrenz. Demokratie ist also gegen diesen Strom der Zeit zu lernen. Demokratie ist keine Angelegenheit, die unbewusst und zufällig passiert, sondern bedarf der

bewussten und geplanten Anstrengung einer „regulativen Idee“ (Negt/Kluge 1992) – was auch heißt: angemessene Finanzierung und Qualifikation derer, die dies tun.

Wenn ich gesagt habe, dass die etablierte Politik diese Aufgabe teilweise begriffen habe, so deshalb, weil die Programme und der ihnen zugrunde liegende Begriff der Zivilgesellschaft einen blinden Fleck haben: Zivilgesellschaft wird als „das andere“ der Politik verstanden. Das was nicht Wirtschaft ist, was nicht Politik ist aber doch öffentlich: das ist Zivilgesellschaft. Da könnte man theoriegeschichtlich viel zu sagen, hier genügt mir der Hinweis, dass diese Begriffsverwendung, die ihren Ursprung bei den osteuropäischen Dissidenten hat, die sich mit „Zivilgesellschaft“ vom (militarisierten) Staat abgrenzten, einmal sinnvoll war (demokratiefördernd), aber in einer ihrem Anspruch nach demokratischen verfassten Gesellschaft wie der Bundesrepublik dazu führt, die Politik aus der Verpflichtung zur Demokratisierung zu entlassen. Demokratie als Lebensform konzentrierte sich dann auf die Zivilgesellschaft, während die sich entdemokratisierende, formalrepräsentative Politik der Kritik und Entwicklung entzöge.¹²

Was die etablierte Politik also m. E. leisten muss, wenn sie es denn ernst mit ihren Sonntagsreden meint, dann ist dies die Verwirklichung der vom Grundgesetz geforderten wehrhaften Demokratie: das heißt, wenn wir es nicht allein juristisch und „zivilgesellschaftlich“ buchstabieren, sondern vor allem auch politisch: Mehr Demokratie wagen. Das gute Wort von Willy Brandt „Mehr Demokratie wagen“ ist die wichtigste Rezeptur gegen den Rechtsextremismus. Wer in der Politik Demokratie nur als formale Hülse versteht, wer Demokratie mit bloßer Ämterverteilung verwechselt, wer Lebensfragen einer Region oder eines Landes mit der Exekution von Sachzwängen verwechselt, wer demokratische Auseinandersetzungen durch Waschmittelwerbung ersetzt, ... wer also den Gehalt der parlamentarischen Demokratie der Bundesrepublik nicht gemäß den historischen Erfordernissen und Möglichkeiten weiterentwickelt, der schadet der Demokratie und arbeitet der extremen Rechten zu, zumindest arbeitet er ihnen nicht entgegen. Um es mit den Worten von Oskar Negt zu sagen: „Demokratie ist ihrem Substanzgehalt nach von der Alltagsutopie einer politischen Selbstregulierung der freien und gleichen Bürger prinzipiell nicht abzulösen. Wo sie zu bloßen abstrakten Regelungssystemen wird, deren einzige Vernunft die Verfahrensrationalität ist, steckt in ihr der Keim zur Selbstauflösung.“ (Negt 1995, 139)

Nun noch ein Wort zur Kommunalpolitik. Wir brauchen nicht über die finanzielle Lage der Städte und Kreise zu diskutieren – obwohl ich mir schon seit vielen Jahren eine entschiedenere Position und Stimme der Kommunen für eine bessere Finanzausstattung wünsche (was wohl an Parteidisziplin scheitert). Aber die Besonderheit der Kommunalpolitik, weshalb sie ja auch „als Wiege der Demokratie“ bezeichnet wird, ist ihre unmittelbare Nähe zu den BürgerInnen, mehr noch: in der Gemeinde werden die Menschen zuerst zu Bürgerin und Bürger. So genannte „Sparzwänge“ sind nur eine Seite kommunaler Politik, die andere Seite, die größere, gewichtigere Seite ist der Umgang der politisch Verantwortlichen und der Verwaltung mit den BürgerInnen und der Umgang der Bürger miteinander! Es mag vieles in der Ausstattung nicht so sein wie es man sich wünscht, aber Transparenz und Partizipation gehen immer – manchmal entfalten sie sogar in Mangelsituationen eine Kraft, die zu Solidarität und demokratischer Stärke führen kann. Nun mag manch einer einwenden, dass die Kommunen in Zeiten der Globalisierung doch an aller letzter Stelle ständen und vom Hund gebissen würde, der da heißt, auf der Suche nach Investoren die Nachbargemeinde noch unterbieten zu müssen.

¹² Was dies tatsächlich bedeutet, ist im Bildungsbereich zu verdeutlichen: Demokratisierung der Schule heißt nicht in erster Linie eine Stärkung der Schülermitbestimmung (wobei nichts dagegen spricht!), sondern vor allem, das spaltende Schulsystem (die sog. „Dreigliedrigkeit“) aus der vordemokratischen Kaiserzeit aufzubrechen und die Förderung Subalternen an die Stelle sozialer Reproduktion privilegierter Schichten zu setzen (siehe Sünker 2003).

Auch wenn das die Alltagserfahrung ist, will ich widersprechen, denn ich meine, es ist die alltägliche Erfahrung weil es uns so von interessierter Seite eingeredet wird und wir zuwenig Gegenerfahrung organisieren.¹³ Denn viele Studien zur Globalisierung weisen darauf hin, dass diese neue Ökonomie nicht im luftleeren Raum der Datennetze schwebt, sondern nach wie vor zu lokalisieren ist. Richard Sennet formuliert zutreffend: „Der Ort besitzt Macht, und die neue Ökonomie könnte durch diese Macht eingeschränkt werden.“ (Sennett 1998, 188) Die potentielle Macht gewinnt das Lokale aus seiner Fähigkeit, eine Ressource der neuen Ökonomie zu erzeugen, die diese selbst nicht herzustellen vermag: nennen wir es „das Soziale“ oder „gesellschaftliche Kohäsion“. Noch mal in den Worten von Richard Sennett: „Ein Ort wird zu einer Gemeinde, wenn Menschen das Pronomen ‚Wir‘ zu gebrauchen beginnen. So zu sprechen setzt Bindung voraus, im Kleinen wie im Großen.“ (Sennett 1998, 189) Dass dieses „Wir“ nicht das abgrenzende „Wir kontra die anderen“ ist, sondern das „gemeinsame Wir“ liegt in der Verantwortung der Politik.

Die Rechte unternimmt alle ideologischen Anstrengungen das „abgrenzende Wir“ als Denkhaltung zu etablieren. Dem ist in demokratischer Politik zu widersprechen und in demokratischer Politikpraxis die Möglichkeit des Gegenteils zu beweisen – wo, frage ich, wenn nicht hier, vor Ort, in der Kommune. Noch einmal Sennett: „Ein [kommunales] Regime, dass Menschen keinen tiefen Grund gibt, sich umeinander zu kümmern, kann seine Legitimität nicht lange aufrechterhalten“ (Sennett 1998, 203; Einf. UH)

Dies gilt für den ländlichen Raum. Es gilt aber auch für die ganze Gesellschaft. Und das sollte endlich in der etablierten Politik gelernt werden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

¹³ Zu den „Grenzen der Globalisierung“ siehe z.B. Altvater/Mahnkopf 1999.

Literatur:

- Affolderbach, Friedemann (2000): Jugendarbeit und extremistische Orientierung bei Jugendlichen in Leipzig; in: Uwe Hirschfeld / Ulfrid Kleinert (Hg.): Zwischen Ausschluss und Hilfe. Soziale Arbeit und Rechtsextremismus; Leipzig, S. 172-185.
- Altvater, Elmar / Mahnkopf, Birgit (1999): Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft; Münster (4. überarb. Aufl.).
- Butterwegge, Christoph (1999): Wohlfahrtsstaat im Wandel. Probleme und Perspektiven der Sozialpolitik. 2. Aufl.; Opladen.
- Gertoberens, Klaus [Hg.] (2004): Die braune Gefahr in Sachsen. Personen, Fakten, Hintergründe; Dresden.
- Haug, W. F. (1993): Elemente einer Theorie des Ideologischen; Hamburg, Berlin.
- Hirsch, Joachim / Roth, Roland (1986): Das neue Gesicht des Kapitalismus; Hamburg.
- Hirschfeld, Uwe: Jugend und Politik in Sachsen; in: SMS: Expertisen für den Zweiten Sächsischen Kinder- und Jugendbericht; Band III; Dresden.
- Negt, Oskar (1995): Achtundsechzig. Politische Intellektuelle und die Macht; Göttingen.
- Negt, Oskar / Kluge, Alexander (1992): Maßverhältnisse des Politischen. Frankfurt/Main.
- Opitz-Karig, Ute (2003): Jugendarbeit im ostdeutschen ländlichen Raum. Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung (Phase II). Ein Bundesmodellprogramm – gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; hrsg. vom Deutschen Jugendinstitut e.V.; Halle.
- Scheer, Hermann (2003): Die Politiker; München.
- Sennett, Richard (1998): Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus; Berlin.
- Sonntag, Jochen (2000): Soziale Arbeit mit rechtsextremistisch orientierten Jugendlichen; in: Uwe Hirschfeld / Ulfrid Kleinert (Hg.): Zwischen Ausschluss und Hilfe. Soziale Arbeit und Rechtsextremismus; Leipzig, S. 186-198.
- Staatsministerium für Soziales (SMS) (2003): Zweiter sächsischer Kinder- und Jugendbericht; Dresden.
- Steinmetz, George (1994): Die (un-)moralische Ökonomie rechtsextremer Gewalt im Übergang zum Postfordismus; in: Das Argument 203, S. 23-40.
- Sünker, Heinz (2003): Politik, Bildung und soziale Gerechtigkeit. Perspektiven für eine demokratische Gesellschaft; Frankfurt/Main.
- Zeuner, Bodo (1997): Entpolitisierung ist Entdemokratisierung. Demokratieverlust durch Einengung und Diffusion des politischen Raums. Ein Essay; in: Rainer Schneider-Wilkes (Hg.): Demokratie in Gefahr? Zum Zustand der deutschen Republik; Münster, S. 20-34.

4 Demokratische Kultur – Handlungsoption gegen Rechtsextremismus?

Impulsreferat Friedemann Affolderbach, Mobiles Beratungsteam/ Kulturbüro Sachsen

Im folgenden Beitrag möchte ich einige praktische Erfahrungen als Berater von Politik, kommunalen Verwaltungen, Wirtschaft und Sozialer Arbeit zu Fragen und Problemen mit dem Rechtsextremismus darstellen. Auf diesem Hintergrund werde ich mich kritisch mit Sozialer Arbeit, deren Funktion und deren Grenzen auseinandersetzen und skizzieren, wie eine Stärkung demokratischer Kultur als Basis in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus fruchtbar gemacht werden kann.

1. Ausgangspunkte

Seit dem Wahlerfolg der NPD bei den Kommunalwahlen im Juni 2004 und den Landtagswahlen im September 2004 in Sachsen¹⁴ werden zwei Punkte deutlich:

1. Rechtsextreme Akteure versuchen sich nicht nur mit Machtdemonstrationen auf der Straße oder durch die Etablierung von rechtsextremer Subkultur Akzeptanz und Raum zu verschaffen, sondern sie streben nach politischer Macht in den Parlamenten.
2. Sie werden dabei als eine normale, wählbare Alternative von weiten Teilen der Bevölkerung anerkannt und akzeptiert.

Diese Situation beunruhigt und entlässt Akteure aus Politik, kommunalen Verwaltungen, Wirtschaft und Sozialer Arbeit in die Diskussion um Verantwortlichkeiten in Aktionismus und Hilflosigkeit. Das scheinbar plötzliche Erstarken und die damit verbundene parlamentarische Mitsprache der extremen Rechten stellt die Politik beispielsweise vor die Frage, wie mit einer solchen Partei im Parlament umzugehen sei und offenbart eine große Unsicherheit und die Angst eigene Machtpositionen an die Extremen von Rechts zu verlieren.

Selbstkritische Wahrnehmung und Reflexion eigener politischer Haltungen und ein damit möglicherweise erkennbarer Zusammenhang von Schnittstellen zur extremen Rechten werden von den angesprochenen Akteursgruppen vermieden und verleugnet. Stattdessen werden Krisenszenarien aufgemacht, die das Bundesland Sachsen als gefährdeten Standort für wirtschaftliche Investitionen und z.B. einen Rücklauf des Tourismusgeschäftes prognostizieren und konstruieren. Auf der Suche nach Ursachen für das Erstarken der extremen Rechten kommt immer wieder die Sprache auf Protestwähler, eine vermeintliche Politikverdrossenheit der Bevölkerung wird ins Feld geführt, Arbeitslosigkeit und soziale Schwierigkeiten in der Gesellschaft werden für derartige Entwicklungen verantwortlich gemacht. Im Fokus dieser Problematisierungen stehen vor allem Jugendliche und deren

¹⁴ Insgesamt erreichte die extreme Rechte in Sachsen 13 Mandate in Kreistagen, 40 Sitze in Stadt - und Gemeinderäten. Für den Sächsischen Landtag bedeutet es, dass erstmals 12 Abgeordnete der NPD im Parlament sitzen werden. Konkret für einen Landkreis, in dem ich tätig bin und aus dem meine praktischen Beispiele stammen, bedeutet der Wahlausgang der Kommunalwahlen im Juni 2004, dass im Muldentaler Kreistag (Region in Ostdeutschland bei Grimma und Wurzen) erstmals mit 5,8% der Stimmen 3 Sitze an die NPD vergeben werden. Im Vergleich erhielten die CDU 37,5%, PDS 19,9%, SPD 13,5%, Wählervereinigung 12,8%, FDP 6,3% und die Grünen 3,5% aller Stimmen für den Kreistag. Für eine Stadt wie Wurzen heißt das Ergebnis der Kommunalwahl, dass 11,8% der Stimmen an die NPD gingen, die CDU kam auf 44,2%, die SPD auf 23,4% und die PDS auf 20,5%. Praktisch heißt dies, die NPD kann in den Ausschüssen der Parlamente eigene Vorschläge einbringen oder könnte als Vorsitz einen Ausschuss leiten und so auf politische Diskurse meinungsbildend einwirken.

spezielle subkulturelle Ausformungen rechtsextremer Ideologie. Diese werden öffentlich erörtert, diskutiert und in der Schlussfolgerung entsprechende Lösungsvorschläge gemacht, die im Kern Soziale Arbeit oder Schule als Akteure vorsehen.¹⁵

Die in der Vergangenheit auf kommunaler Ebene gemachten, widersprüchlichen Erfahrungen mit gescheiterter, bzw. überforderter Sozialer Arbeit und Pädagogik im Umgang mit Rechtsextremismus werden dabei ausgeblendet. Eine breite öffentliche politische Debatte wird damit verhindert.

Zwei Beispiele sollen im Folgenden veranschaulichen, wie mit Rechtsextremismus im sächsischen Muldentalkreis umgegangen worden ist, im Anschluss soll danach gefragt werden, welche Rolle dabei Sozialer Arbeit zukommt.

Beispiel 1: Im Zentrum der Auseinandersetzung der kleinen Stadt Trebsen unweit von Wurzen stand ein von rechtsextremen Jugendlichen dominierter Jugendclub. Seit mehreren Jahren war dieser Club über die Stadtgrenzen hinaus bekannt und die dortigen Besucher für etliche Straftaten, wie Propagandadelikte und Körperverletzungen, verantwortlich. Einzig die Polizeidirektion aus dem zuständigen Grimma sah dies als Problem und die Notwendigkeit mit den Verantwortlichen der Stadt zu sprechen. In einzelnen Gesprächen mit Mitgliedern des Stadtrates stellte sich heraus, dass sie alle von dieser Entwicklung seit längerer Zeit wussten, aber keinen Anlass sahen, dieses Problem „breit zu treten“, es öffentlich zu diskutieren. Begründet wurde dies mit folgenden Argumenten: Es handelt sich um ein für die Pubertät normales Jugendproblem, oder eine öffentliche Diskussion würde zur Stigmatisierung des Ortes führen und so blieben wichtige Investoren aus, außerdem solle man keine schlafenden Hunde wecken. Aus Sicht des Stadtrates wurde die Soziale Arbeit als die zuständige und verantwortliche Instanz zur Lösung des Problems benannt.

Die Opfer rechter Gewalt waren kein Thema.

Deutlich wurde auch, dass es in der Stadt eine aktive NPD - Ortsgruppe gibt, die auch einen Stadtratsabgeordneten stellt, der wiederum Kontakte zu den Jugendlichen im Jugendclub unterhielt. Außerdem wurde von einer freien Kameradschaft im Ort berichtet und verschiedene markante, öffentlich erkennbare Treffpunkte und eine Kneipe benannt, die entsprechend für „Rechte“ ihre Türen öffnet.

Einig waren sich alle Verantwortlichen darin, dass einzig der Jugendclub ein besonderes Problem darstellt, aber durch die dortige sozialpädagogische Betreuung es in der Stadt relativ ruhig sei. Über die Qualität der Jugendarbeit musste der zuständige Sozialarbeiter im Stadtrat berichten. Dessen Ausführungen, dass er die Interessen der Jugendlichen berücksichtige und er sie so akzeptiere wie sie sind, veranlasste vereinzelte Stadtratsmitglieder anzunehmen, dass er selbst ein „Rechter“ sei. Es wurde auch deutlich, dass die Altersstruktur des Jugendtreffs gar nicht so jugendlich aussah, fast alle der Besucher waren weit über 22 Jahre alt und in Ausbildungen oder Berufen beschäftigt. Die Zuständigkeit des Sozialarbeiters bedeutete für den angesprochenen Jugendtreff, dass er maximal einmal pro Woche im Jugendclub anwesend war. Als mobiler Jugendarbeiter ist er für ca. 16 Gemeinden verantwortlich, die alle entsprechend Jugendtreffpunkte betreut wissen wollen. Eine betreute Jugendarbeit in der Stadt gab es somit eigentlich nicht, da ein noch gut laufender Jugendclub, der als ein Treffpunkt für die „normalen“ Jugendlichen galt, geschlossen werden musste. Grund dafür war, dass der freie Träger sich aus finanziellen Gründen nicht mehr in der Lage sah, die Jugendarbeit abzusichern und die Stadt diese nicht entsprechend unterstützte.

¹⁵ Beispielsweise hat die Polizeidirektion Grimma im Nachgang der Wahl die Initiative ergriffen und verschiedene Akteure aus Politik, lokaler Presse, Wirtschaft und Schule zusammengerufen, um etwas gegen Rechtsextremismus zu tun. Ergebnis ist ein Konzept, das verschiedene Formen pädagogischer Präventionsarbeit an Schulen unter dem Motto „Mit Grips gegen Gewalt“ anbietet wird. Neben dem positiven Engagement und den auch richtigen und interessanten pädagogischen Überlegungen, ist es typisch für solche Initiativen, rechtsextreme Erscheinungsformen mit einem Programm gegen Gewalt bekämpfen zu wollen. Dabei wird der politische Gehalt des Problems (bewusst oder unbewusst) verschleiert und pädagogisiert.

Die örtliche Politik machte die Soziale Arbeit für die Entwicklung des Problems verantwortlich und brachte folgendes Argument zur Geltung: im Jugendtreff werde durch die Sozialarbeit der Rechtsextremismus befördert. Die Stadtverwaltung wollte eine schnelle Lösung und beschloss die Schließung des Jugendclubs und sie sorgten für endgültige Fakten, indem dieser mit einem Bulldozer abgerissen wurde. Die Schließung des Jugendclubs war in vorangegangenen Diskussionen nur eine mögliche, sicher notwendige Option im Umgang mit der Entwicklung im Ort. Im Rahmen von Interviews für eine Studie zu Rechtsextremismus in Wurzen, schilderte eine Sozialarbeiterin die Situation im beschriebenen Ort folgendermaßen:

Frau Apfelbaum¹⁶: Herr P. hatte große Probleme. [...] Da kann man wirklich sagen, der hat einen rechten Club in Trebsen gehabt. [...] Also, das waren dort Chaoten! [...] Den mussten sie schließen, den Jugendclub. Bloß wenn Sie da, gerade in so einer Position auf weiter Flur, auf sich allein gestellt sind, keine Unterstützung kriegen vom Bürgermeister, keine Unterstützung kriegen von der Stadtverwaltung, [...] da sehen Sie alt aus! Da sehen Sie alt aus! (Affolderbach/Fischer- Tahir 2004, S.54, Auslassungen F.A.)

Der Abriss war und ist ein autoritäres Zeichen. Vermieden wurde eine öffentliche Diskussion zum Thema im Stadtrat, Vorschläge für die Entwicklung einer Jugendarbeit, die sich den „normalen“ Jugendlichen zuwendet, wurden nicht weiterentwickelt, entstehende Ansätze bürgerlichen Engagements gegen Rechts wurden nicht aufgenommen und mögliche Formen demokratischer Beteiligung blieben liegen.

Beispiel 2 Auch in der von Trebsen benachbarten Stadt Wurzen spielen rechtsextremistische Erscheinungsformen eine zentrale Rolle. Seit mehreren Jahren hatte der Stadtrat zwei Mitglieder der NPD, nach der letzten Wahl sind es drei. Als wesentliche Erfahrung der übrigen Parteien im Umgang mit der NPD im Parlament galt bisher das Ignorieren der Abgeordneten und eine Verweigerung der Zusammenarbeit. Seit Neuestem scheint dieser Konsens gebrochen zu sein, da die CDU seit der Kommunalwahl 2004 ihre Mehrheit verloren hat und bei einer wichtigen Entscheidung zu Sparbeschlüssen¹⁷ der Stadt Wurzen die Mehrheit der Stimmen für die CDU nur mit der NPD möglich war.

In der Stadt hat sich seit längerem eine breite Szene der extremen Rechten etabliert. Im öffentlichen Raum wird dies z.B. erkennbar durch ein entsprechendes Tattoostudio im Zentrum, verschiedene Läden für Klamotten und Musik, welche von der extremen Rechten betrieben werden, Proberäume von rechtsextremen Bands, diverse Kneipentreffpunkte und das Bemühen, Immobilien in der Stadt zu erwerben.

Zeitungsberichte und die überregionale öffentliche Darstellung der Problematik z.B. im Fernsehen geben ein entsprechendes Zeugnis und beschreiben alltägliche Erfahrungen von Diskriminierung, Bedrohung, Gewalt und Mord durch Akteure der extremen Rechten. Um das angesprochene Klima genauer zu beschreiben möchte ich zwei Interviewpassagen aus der bereits angesprochenen Studie zitieren. Diese beziehen sich zwar auf die Erinnerungen zu Ereignissen in Wurzen vor ca. 8 Jahren, skizzieren aber deutlich, welche Auswirkungen rechtsextreme Hegemoniebestrebungen auf das Gemeinwesen haben können:

Herr Fischer: Es gab mal eine Frau Z. von der LVZ¹⁸ oder vom Wurzener Tageblatt. Weiß ich gar nicht so genau. Von der LVZ. Die ist bedroht worden, ganz klar, von Faschos. Also keine Artikel mehr zu verfassen. Und dann ist es noch mal einem Herrn S. passiert. Da stand dann ganz groß im Faschohaus hinten [an der Wand] dran, nachdem sie das geräumt hatten: Vielen Dank. [...] Weil der nämlich die Frechheit, in

¹⁶ Die Namen sind in allen Beispielen geändert.

¹⁷ Diese Sparbeschlüsse sehen umfangreiche Personalkürzungen, Gebührenerhöhungen für Kleingartenpächter und Verwaltungsgebühren vor. Diese sollen einen Kredit des Landes refinanzieren, der für die Sanierung der örtlichen Schwimmhalle notwendig ist.

¹⁸ Leipziger Volkszeitung

Anführungsstrichen, besessen hat, über Nazisachen zu berichten in Wurzen (Affolderbach/Fischer-Tahir 2004, S. 13, Auslassungen FA).

Herr Krüger: Hier gegenüber war eine Diskothek, und wenn Sie abends ab 20 Uhr bis vielleicht 24 Uhr sich in der Gegend hier aufgehalten haben, Sie dachten, Sie sind in einer Kaserne. Mit brauner und schwarzer Uniform wurde vorgefahren. Wir hatten die Situation an der Schule, neu eingeweiht, die Rechten machen große Diskothek, Führungspersönlichkeiten der NPD, in schwarz, weißes Hemd, Lederschlips, dreißig Mann, geordnet, erbitten Einlass. Das war die Situation. [...] Es waren unwahrscheinlich viele Jugendliche, die dem Rechtsextremismus ein Ohr [...] liehen. [Und] dann der Ausbau der Käthe-Kollwitz-Straße zum Jugendzentrum mit Reparaturmöglichkeiten vom Fahrrad bis zum Auto, mit Kulturveranstaltungen, die organisiert wurden von der NPD [...] (Affolderbach/Fischer-Tahir 2004, S.13, Auslassungen FA).

In diesem Kontext wurde und wird auch in Wurzen, neben vereinzelten verwaltungstechnischen, polizeilichen und juristischen Interventionsmöglichkeiten die Soziale Arbeit als zentrales Mittel zur Bekämpfung des Rechtsextremismus gedacht und praktiziert. Wie sich die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in der konkreten Tätigkeit einer Sozialarbeiterin aus Wurzen darstellt möchte ich sie selbst berichten lassen:

Frau Apfelbaum: Sie haben ja sicher gehört, dass der Hessische Rundfunk da war, und dass das eskaliert [ist] auf dem Marktplatz.¹⁹ [...] Die Jugendlichen, das war P., S., K.. Da hat mich von dem P. – der hat ja noch ein bisschen Verstand – die Oma angerufen und hat mich gebeten, mich um den Jungen zu kümmern. [...] Der kam. Den habe ich angehört, hab mit dem gesprochen, warum das so gewesen ist. Warum die die Naziparolen geschrieben haben? Warum sie das Team angegriffen haben? [...] Ich sage: „P., wir gehen mit deinen andern zwei Kumpels [...] zum Oberbürgermeister [...] Es wird sich entschuldigt!“ [...] Termin ausgemacht. Ich komme ans Stadthaus hin. Da steht der S. dort [...] Ich dachte, mich tritt ein Pferd. Ich sage: „Was hast du denn für Abzeichen hier an der Jacke?“ - „Die bleiben dran.“ - Ich sage: „Nein.“ - „Die bleiben dran.“ - Ich sage: „Na soll ich dir jetzt mal vormachen, wie schnell du die Jacke aushast? Zieh die Jacke aus!“ [...] Zog der die Jacke aus und nahm die so über die Schulter, dass man wieder die doofen Abzeichen sieht. Ich sag: „Was sind denn das eigentlich für Abzeichen? (Schulternzucken) Ich sage: „Du bist doch nicht ganz astrein“, sage ich. „Du hast hier Gelumpe auf der Jacke und weißt gar nicht dessen Bedeutung!“ Ich sage: „Da unterhalten wir uns dann.“ - „Mit Ihnen unterhalte ich mich gar nicht“, hat er gesagt. [...] Ich sage: „S., es tut mir leid. Aber bei dir ist die Zusammenarbeit oder eine Umerziehung total fehl am Platze.“ Und Sie müssen sich mal überlegen, was die Eltern mit dem durchgemacht haben. Der hat ja denn auch die Frau ermordet in Wurzen (Affolderbach/Fischer-Tahir 2004, S.55, Auslassungen FA).

Drei Punkte möchte ich bei den geschilderten Beispielen hervorheben.

a) Abwesenheit der Politik

Auffällig ist die Abwesenheit der Politik in der Öffentlichkeit. Eine direkte Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus wird gemieden.²⁰ Stattdessen beobachten die politischen Vertreterinnen und Vertreter die Entwicklung aus der Distanz und werden erst aktiv, wenn das Problem nicht mehr kontrollierbar ist und zu eskalieren scheint. Die Verantwortung für

¹⁹ Bezieht sich auf ein, vieldiskutiertes Ereignis am 13.8.2001.

²⁰ Dies gilt sicher auch für andere Regionen in Deutschland.

diesen Umstand wird z.B. Sozialer Arbeit angelastet, die in unseren Beispielen als einzige gesellschaftliche Kraft direkt mit der extremen Rechten kommunizierte. Sie gerät unter Rechtfertigungsdruck und verliert ihre Legitimation. Der Weg ist damit frei, ausschließlich repressive Handlungsformen anzuwenden, auf diesem Wege scheinbare Klarheit zu demonstrieren und eine breite politische Debatte zu vermeiden. Die Politik sucht nicht aktiv nach Handlungsmöglichkeiten und erklärt ihre Handlungsunfähigkeit zum Beispiel mit einem eingeschränkten finanziellen Spielraum. Politik reduziert sich so auf eine durch Sachzwänge diktierte formale Größe, die sich von den alltäglichen Lebensfragen der Bürgerinnen und Bürger, einer Kommune abwendet. Politisches Handeln setzt nicht auf eine Partizipation der Bürgerinnen und Bürger und verzichtet auf eine öffentliche Auseinandersetzung und setzt die Chance einer demokratischen Entwicklung des Gemeinwesens aufs Spiel. In diesem Zusammenhang erscheint Rechtsextremismus nicht als ein Problem der Kommune und der dort lebenden Menschen, sondern Rechtsextremismus wird stattdessen als Jugendproblem wahrgenommen und definiert.

b) Rechtsextremismus als Jugendproblem

In unseren Beispielen ist dies der Blick der „Alten“ auf die „Jungen“. Sicher ist eine rechtsextreme Orientierung bei Jugendlichen eine besonders auffällige Form, die typisch ist für die subkulturelle Ausprägung eines Lebensstils junger Menschen, die sich in entsprechenden Codes, Symbolen und Musik ausdrücken. Ein auf solche Phänomene gerichteter, eingeschränkter Blick ignoriert die gesamte gesellschaftliche Problematik des Rechtsextremismus und unterschlägt die eigene Verwicklung und Verstrickung in die Verhältnisse einer Kommune. Beispielsweise ist es kein Thema, dass möglicherweise die eigenen Kinder mit dieser Szene konfrontiert sind, also Opfer²¹ von Übergriffen werden könnten oder vielleicht selbst in der rechtsextremen Szene mitmischen. Eine in diesen Fällen und darüber hinaus nötige persönliche Auseinandersetzung und Positionierung zu Rechtsextremismus wird nicht öffentlich oder vermieden. Es ist auch kein Thema, dass NPD Stadträte ihren Einfluss geltend machen, soziale Fragen ins Zentrum ihrer Politik rücken und so für kommunales Leben wichtige Bereiche besetzen. Die offizielle Politik ignoriert dies zu weiten Teilen. Die Konzentration auf Jugendliche als rechtsextreme Problemgruppe eröffnet dabei den Zugriff auf pädagogische Intervention oder Prävention und vermittelt so den Eindruck, dass ein politisches Problem wie Rechtsextremismus mit diesen Maßnahmen wirkungsvoll zu bekämpfen sei. Die gesellschaftlichen Fragen, die rechtsextreme Erscheinungsformen aufwerfen, werden gelehrt, pädagogisiert und entpolitisiert.

c) Rechtsextreme Positionen als Normalität

Beide Beispiele beschreiben eine politische Situation deren Besonderheit die Normalität von rechtsextremen Orientierungen und deren Verankerung im Gemeinwesen widerspiegelt. Normalität meint hier neben der Unauffälligkeit persönlicher politischer Haltungen und Einstellungen auch die Akzeptanz von alltäglichen Erscheinungsformen wie Symbolik und Codes der extremen Rechten, die Duldung der Besetzung öffentlicher Räume, wie z.B. Jugendeinrichtungen, oder auch die Etablierung gewerblicher Strukturen mit Verbindungen zur extremen Rechten. Eine Analyse der politischen Situation bleibt aus und verkennt die Komplexität rechtsextremer Ideologie und ihre Verschränkung mit allgemeinen gesellschaftlichen Diskursen.

²¹ In der Auswertung der erwähnten Wurzen Studie ist auffällig, dass es zahlreiche Opfer von rechter Gewalt gibt, die aus dem Kreis der von uns befragten Personen stammen. Dies bedeutet, dass es z.B. Kinder von Mitarbeitern der Stadtverwaltung, Mitarbeiterinnen der Erwachsenenbildung, sozialer Beratungsstellen etc. betrifft. Die Eltern beschrieben ihre Kinder eher als die „Normalos“ und differenzierten sie von anderen Opfergruppen wie Punks oder vietnamesischen Händlern. Das Besondere daran ist, dass die Eltern das bestehende Problem innerfamiliär regelten und der Justiz anvertrauten. Keine der berichtenden Eltern suchten Unterstützung in einer entsprechenden Beratungsstelle oder im Bekanntenkreis. In der Regel wurden die Eltern durch die gesprochenen Gerichtsurteile enttäuscht und stellten in Frage, ob Justiz und die bestehende Demokratie für Gerechtigkeit sorgen können. Vgl. Affolderbach/Fischer - Tahir (2004).

In der sozialwissenschaftlichen Diskussion wird Rechtsextremismus als das Zusammenwirken verschiedener Diskursebenen beschrieben, zu denen im Kern der Sozialdarwinismus, ein Diskurs um Körper, Gesundheit und Geschlecht, sowie ein Volksdiskurs zählen (vgl. Elfferding 2000). Nach Wilhelm Heitmeyer eint diese Diskurse eine Ideologie der Ungleichheit der Menschen und die grundsätzliche Akzeptanz von Gewalt (siehe dazu Heitmeyer 1995). Auf Grundlage dieser Diskurse lassen sich zwei verschiedene Arten von Rechtsextremismus erfassen. Die eine Form lässt sich als Sehnsucht nach einem autoritären Staat beschreiben, der z.B. als Schutzwall gegen die Auswirkungen der Globalisierung zu mobilisieren sei. Im Rahmen dieser Idee spielt z.B. die Rückbesinnung, Romantisierung und Glorifizierung eines vermeintlich solidarischen Lebens in der DDR eine Rolle und dient der Konstruktion einer nationalen Gemeinschaft, die im Ergebnis eine Politik der Ausgrenzung von Nichtdeutschen und die Ablehnung von „Müßiggängern“ bedeutet. Die andere Form findet sich bei der „Neuen Rechten“. Diese präsentiert einen „modernisierten Rechtsextremismus“ der sich auf Vorstellungen des Neoliberalismus bezieht. Gestützt auf die Idee, dass der Stärkere sich durchsetzt, sollen alle diejenigen „Nutznießer“ ausgeschlossen werden, die ein Hindernis darstellen, den Standort Deutschland zu sichern und zu entwickeln. Zu diesen Menschen, die unter den so genannten „sozialen Ballast“ fallen, zählt die „Neue Rechte“ Asylsuchende, Migrantinnen, Migranten und deren Nachkommen, Arbeitslose und Menschen, die wenig oder keinerlei Wert für die marktwirtschaftliche Produktion haben. Die Forderung nach mehr Markt und uneingeschränktem Wettbewerb wird innerhalb dieses Diskurses an die Einschränkung und Abschaffung von Demokratie gebunden (vgl. Steinmetz 1994).

Im Bezug auf unsere Fallbeispiele scheinen mir diese zugespitzten Überlegungen insofern bedeutsam, dass, wenn die extreme Rechte ideologische Räume besetzt, die Politik gezwungen zu sein scheint, zu Argumenten und Handlungsformen zu greifen, die einer extremeren Standortpolitik den Vorzug geben und damit einhergehend demokratische Grundrechte in Frage stellen. Es besteht also die Gefahr, öffentlich auszuhandelnde Fragen kommunalen Lebens und eine entsprechende Partizipation der Bürgerinnen und Bürger einzuschränken und verschiedene gesellschaftliche Gruppen, z.B. Jugendliche unter eine besondere Kontrolle und Repression zu stellen. Im Nachgang der Landtagswahlen und dem damit verbundenen Erfolg der NPD, äußerte sich der Parteienforscher Eckhard Jesse von der TU in Chemnitz und forderte von der CDU, dass es ihre Aufgabe sei, die Wähler vom rechten Rand einzufangen. Konkret bedeutet eine solche Überlegung, dass eine Verschiebung des politischen Klimas in Richtung der extremen Rechten wahrscheinlich ist. Insofern dürfte es nicht überraschend sein, wenn zukünftige Konzepte der etablierten Parteien Positionen aufgreifen, die heute noch als rechtsextreme Position der NPD gelten.

2. Stärkung demokratischer Kultur als Strategie gegen Rechtsextremismus

In den letzten drei Jahren hat sich in Sachsen eine neue Form der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus etablieren können die auf einer Initiative der Bundesregierung beruht. Diese hat ein Förderprogramm Namens CIVITAS²² ins Leben gerufen, welches Projekte und Initiativen in Ostdeutschland bei der Entwicklung von Zivilgesellschaft und Demokratie unterstützen soll.

Bemerkenswert ist dieses Förderprogramm, weil es den konzeptionellen Aktionsrahmen für gesellschaftliche Akteure auf die Zivilgesellschaft erweitert und so die bisherige Fokussierung auf Soziale Arbeit als Strategie zur Bekämpfung rechtsextremer Orientierungen verlässt.

Dennoch ergibt sich in diesem Zusammenhang eine Unklarheit in der Verwendung des Begriffes der „Zivilgesellschaft“. Zivilgesellschaft wird als Form des „Öffentlichen“, das, was nicht Ökonomie, nicht Politik ist, kurz als das „andere“ der Politik verstanden. Die Gefahr in

²² CIVITAS = Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ vom Bundesministerium für Frauen, Familie, Senioren und Jugend

diesem Verständnis von Zivilgesellschaft besteht darin, demokratisches Handeln und Wirken außerhalb der Politik anzusiedeln, und so politisch Verantwortliche aus der Pflicht zu nehmen Demokratie zu stärken und zu fördern (zum Begriff Zivilgesellschaft ausführlich: Haug 1998).

Wie sich eine Vorstellung dieser zivilgesellschaftlich - demokratischen Kultur²³ aus dem Munde eines Akteurs aus Wurzen anhört, möchte ich mit Verweis auf die schon mehrfach erwähnte Wurzenstudie wie folgt präsentieren:

Herr Krüger: Also, entscheidend für mich ist der Respekt. Dass ich den andern respektiere, und dass ich auch respektiert werde. Vielleicht so rum: Damit man eine Basis erst mal hat, um sich überhaupt zu verständigen [und] um dann [zu sehen], wo steht der und wo stehe ich. Um den andern auch erkennen zu lassen, das ist meine Meinung, [...] muss ich ihn erst mal respektieren, erst mal mit ihm ins Gespräch kommen. Und das jetzt ins Große übertragen, das ist Demokratie für mich. Mit den Spielregeln leben können und auch, dass ich im Rahmen derer das gestalten kann, dass ich die Regeln auch verändern kann, wenn das und das nicht geht. Aber mit angemessenen Mitteln. (Affolderbach/Fischer-Tahir 2004, S.61)

Die im Zitat vorgebrachten Ideen wie gegenseitiger Respekt, gegenseitiges Zuhören gelten als Basis, um die Meinung eines anderen, des Gegenübers, zur Kenntnis zu nehmen und zu verstehen. Wichtig ist auch, dass es Regeln gibt, die aber keine unumstößliche Größe darstellen, sondern auf Grundlage eines gemeinsamen Prozesses als veränderbar gelten. Durch die Betonung einer kommunikativen Auseinandersetzung baut er einen Kontrast, zeigt eine Alternative zu gewalttätigen und zwanghaften Formen des Zusammenlebens auf. Intuitiv berührt der Sprecher so den Kern eines kritischen Verständnisses von Zivilgesellschaft.

In diesem Zusammenhang ist die Förderung demokratischer Kultur als eine Entwicklung von „selbstbestimmter, kooperativer Handlungsfähigkeit“ (Hirschfeld 2000, 53ff) zu verstehen. Wenn demokratische Kultur in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus als wirkungsvolle Gegenstrategie diskutiert wird, ist sie nicht als statische Größe aufzufassen, sondern als Prozess zu verstehen, der in den Traditionen von Aufklärung und Demokratisierung steht und unabschließbar ist. Dafür können Punkte benannt werden, die als Merkposten und Meilensteine zur Orientierung beitragen.

In Anlehnung an Thaa (vgl. Thaa 2000) möchte ich vier Punkte herausstellen, die für eine Arbeit gegen Rechts von Bedeutung sind, und zugleich noch einmal die Möglichkeiten und Grenzen Sozialer Arbeit verdeutlichen:

I. Demokratische Kultur stellt einen „Raum der öffentlichen Meinungs- und Willensbildung“ dar, der die Vielfalt an Initiativen, Gruppierungen, Vereinigungen und Bewegungen zu einer Kommunikation, zur Bildung von Netzwerken verhilft und so Politik an „die Lebenswelt der Bürger zurück bindet“. Es handelt sich also um einen Raum der die Auseinandersetzung um „kollektive Orientierungen“, um Werte und Weltanschauungen befördert.

II. Demokratische Kultur versteht sich als ein Raum zur Integration und Beteiligung von Minderheiten und soll deren Belange zu einer Artikulation verhelfen, da „diese in Parteien und Verbänden nur unzureichend repräsentiert sind“.

²³ Die Bezeichnung „zivilgesellschaft-demokratisch“ ist sinnvoll, weil erst durch sie die Orientierung der Arbeit zum Ausdruck kommt. Spricht man nur unter einem sozialanalytischen Gesichtspunkt über Zivilgesellschaft, muss man auch die Rechten dazurechnen, wo sie nur ideologisch auftreten. Es wäre politisch ein folgenschwerer Irrtum, würde man Demokratie und Zivilgesellschaft miteinander verwechseln. Für diese Bemerkung danke ich Uwe Hirschfeld.

III. Demokratische Kultur soll „Konflikte zivilisieren“ und „aktiven Bürgersinn“ entwickeln. Dies heißt, im Raum demokratischer Kultur werden Konflikte gewaltfrei ausgehandelt. Diese Erfahrung bildet gleichzeitig die Grundlage, die Rechte des Gegenübers anzuerkennen und öffnet so den Weg gemeinsam gesellschaftspolitische Fragen zu diskutieren und kollektive Handlungsformen zu entwickeln.

IV. Demokratische Kultur soll „durch vielfältige Formen kollektiver Selbstorganisation Solidarität fördern und zur sozialen Sicherheit beitragen.“

Diese Form der Zusammenschlüsse und Netzwerkbildung von Menschen ermöglicht einen von „staatlichen Bürokratien und von der Konkurrenz des Marktes“ mündigen Kreis von Menschen, in dem Lösungen für soziale und gesellschaftliche Probleme diskutiert und entwickelt werden können.

Rufen wir uns den eingangs beschriebenen Rechtsextremismus ins Gedächtnis, ist ein Mehr an Demokratie eine gute Basis, diesen einzuschränken und ihm zu begegnen. Berücksichtigen wir dabei die von der extremen Rechten bedienten Diskurse, ergeben sich auch Anknüpfungspunkte für ein wirkungsvolles kommunales Engagement gegen Rechtsextremismus. Erinnerung sei hier an den Volksdiskurs, mit dem die extreme Rechte die Idee einer sich von anderen abgrenzenden Nation konstruiert und in diesem Zusammenhang Begriffe wie „Heimat“ an die Romantisierung nationalsozialistischer Vorstellungen von Blut und Boden knüpft. Diese Ideologien fallen z.B. im ländlichen Raum auf fruchtbaren Boden und zeigen das Bedürfnis der Menschen nach Identifikation mit ihrem Ort und ihrer Geschichte. Im Rahmen demokratischer Kultur lassen sich diese Themen aufgreifen und alternative Möglichkeiten z.B. des Gedenkens an Ereignisse unserer Geschichte, oder Formen zur Entwicklung einer demokratischen Stadtidentität entdecken.

Für die Stadt Wurzen heißt dies zum Beispiel, dass über die Thematisierung des Images der Stadt, welches unter der überregionalen Berichterstattung zu den Ereignissen rund um rechtsextremen Übergriffe gelitten haben soll, die Menschen ansprechbar sind und bereit sind, sich in diesem Kontext auch dem Thema Rechtsextremismus mit seinen ganzen Erscheinungsformen zu stellen und danach zu fragen wie sich kollektiv etwas dagegen tun lässt. Im Falle von Wurzen haben die jüngsten Ereignisse ein für diese Stadt einmaliges Bündnis hervorgebracht, welches Bürgerinnen und Bürger der Stadt und verschiedene Initiativen gegen Rechtsextremismus verbindet und beginnt, sich meinungsbildend in das öffentliche Leben einzubringen.

Literatur:

Affolderbach, Friedemann (2000): Jugendarbeit und extremistische Orientierungen bei Jugendlichen in Leipzig. In: Hirschfeld, Uwe / Kleinert, Ulfried (2000): Zwischen Ausschluss und Hilfe. Soziale Arbeit und Rechtsextremismus. Leipzig, S. 172-185

Affolderbach, Friedemann / Fischer - Tahir, Andrea (2004): Mein Sohn wurde von Rechten zusammengeschlagen. Wahrnehmungen und Deutungen zum Thema Rechtsextremismus. Wurzen.

Böhnisch, Lothar / Münchmeier, Richard (1989): Wozu Jugendarbeit? Orientierungen für Ausbildung, Fortbildung und Praxis. Weinheim und München.

Elfferding, Wieland (2000): Funktion und Struktur des Rassismus. In: Rätzfel, Nora (2000): Theorien über Rassismus. Hamburg, S. 43-54

Heitmeyer, Wilhelm (1995): Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Situation. Weinheim und München.

Haug, Wolfgang Fritz (1998): Politisch richtig oder politisch falsch. Hamburg.

Hirschfeld, Uwe (2000): Globalisierung und die Konjunktur des Rechtsextremismus. In: derselbe / Kleinert, Ulfried (2000): Zwischen Ausschluss und Hilfe. Soziale Arbeit und Rechtsextremismus. Leipzig, S. 38-57

Hirschfeld, Uwe (1998): Intellektuelle, Kritik und Soziale Arbeit. Definitionsversuche in Auseinandersetzung mit Walzer und Gramsci. In: derselbe (Hg.) (1998): Gramsci - Perspektiven. Hamburg, S. 183-205

Kollan, Horst (1980): Bedürfnisorientierte Jugendarbeit. Frankfurt / Main.

Steinmetz, George (1994): Die (un-)moralische Ökonomie rechtsextremer Gewalt im Übergang zum Postfordismus. In: Das Argument - Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften. 203, Heft 1 1994, S. 23-40

Strobl, Rainer / Würtz, Stefanie / Klemm, Jana (2003): Demokratische Stadtkultur als Herausforderung. Stadtgesellschaften im Umgang mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Weinheim und München.

Thaa, Winfried (2000): Zivilgesellschaft. Von der Vergesellschaftung der Politik zur Privatisierung der Gesellschaft. In: Widersprüche, Heft 76, Juni 2000, S. 9-18

5 Ergebnisse der Arbeitsgruppen

5.1 AG 1: „Akzeptierende Jugendarbeit“

Moderation: Nicole Hopfe/ Frank Thoraus, Pro Jugend e.V.

Im Mittelpunkt der Arbeitsgruppe „Akzeptierende Jugendarbeit“ standen folgende Fragen:

- Welches Ziel vertreten die Sozialarbeiter in der Arbeit mit rechtsextremistischen Gruppen?
- Mit welcher Gruppe arbeite ich und mit welchem Auftrag?
- Wer sind meine Auftraggeber und welche Ziele verfolgen sie (Stadt, Träger, Einwohner)?
- Welche Grenzen spüre ich persönlich in meiner Arbeit, projektbezogen und gemeinwesenbezogen?
- Mit welchen Methoden erreiche ich mein Ziel?
- Unter welchen Rahmenbedingungen kann ich meine Ziele erreichen (finanziell, materiell, personell, organisatorisch)?

Ergebnisse aus den Fallbearbeitungen

Strukturelle Ebene

- Grundlage aller Aktivitäten als freier Träger der Jugendhilfe ist die Jugendhilfeplanung
- Die Stelle eines Sozialarbeiters muss in eine gute Vereinsstruktur eingebettet sein (Vorstand, Stellenbeschreibung mit klarem Arbeitsziel, Konzeption....)
- Überprüfung der Vereinsziele durch Mitgliederversammlung und Vorstandssitzungen muss gewährleistet sein
- Doppelfunktionen, d.h. Sozialarbeiter des Cafés und Vereinsvorstand in einer Person kann zu großen Problemen führen – Fähigkeit der Selbstreflexion wird eingeschränkt, es gibt keine Fremdeinschätzung mehr – „Schmoren im eigenen Saft“ als Folge
- Ein klarer Arbeitsort, ein Büro ist wichtige Rahmenbedingung auch für mobile Arbeit
- Eine Anlaufstelle, Raum zum Treffen ist als zentraler Punkt sehr wichtig
- Einzelkämpfertum führt in der Sozialarbeit mit extremistischen Gruppen zur persönlichen Aufgabe – wichtig ist die Arbeit in einem funktionierenden, sich selbst reflektierenden Team
- Aushandlungsprozesse mit der Kommune, Geldgebern, Auftraggebern (z.B. Fragestellung: Generalisierung oder Spezialisierung)
- Kontrolle durch Fachaufsicht, Geldgeber
- Vorstellung der Arbeit in verschiedenen Entscheidungsgremien (Sozialausschuss)
- Paritätische Besetzung in den Teams (Mann und Frau)
- Neue Projekte mit extremistischen Gruppen unter einer Probezeit laufen lassen
- Weiterbildung, Qualifizierung
- Einzelsupervision, besonders in der Arbeit mit extremistischen Gruppen
- Hohe fachliche Kompetenz des Personals
- Zusätzliche personelle Ressourcen schaffen (ehrenamtliche Mitarbeiter), aber nicht unter dem Schaden der Qualität
- Steht Personalwechsel an, ist zu überlegen, diesen mit einer Schließung des Clubs, der Caferäume etc. zu verbinden (Renovierungsarbeiten...). Ein Neuanfang ist besser möglich: ermöglicht eine gute Öffentlichkeitsarbeit für neu installierte Angebote, Partizipation der zukünftigen Zielgruppe (die Jüngeren) an den Umbauarbeiten

- Aufbau eines Unterstützungs- und Kooperationsnetzwerkes innerhalb des Sozialraumes (auch überregionale Experten und Beratungsangebote) und kompetente Gesprächspartner suchen

Inhaltliche Ebene

- Klare Zielformulierungen unter klaren zeitlichen Vorgaben (guter zeitlicher Rhythmus: Überprüfung und Formulierung bzw. Fortschreibung der Ziele)
- Selbstreflexion als Fähigkeit eines Sozialarbeiters unabdingbar
- In der Arbeit mit der Zielgruppe Jugendschutzgesetz einhalten!
- Eine Zielgruppenanalyse ist in der Arbeit mit rechtsextremen Jugendlichen besonders wichtig (welche Gruppenstruktur, welche soziale Schicht, soziales Umfeld, Altersstrukturen, Verbindungen zu anderen Gruppen...). Wer ist Zielgruppe des pädagogischen Angebotes?
- Raum geben für Einzelgespräche
- Beziehungsarbeit bleibt weiterhin sehr wichtig
- Angebote bevorzugt für Jüngere anbieten, diese Angebote losgelöst von den „Älteren“ anbieten
- Außenpräsentation der Angebote, die mehrere Ziel- und Interessengruppen anspricht
- Klare Hausordnung – klare beständige Regeln
- Erstellung der Regeln in der Auseinandersetzung mit der Gruppe
- Eigene Position in der Gruppe klar definieren und beständig vertreten. (Aufgaben, Rolle, Forderungen, Möglichkeiten)
- Alternative kulturelle Angebote, die organisierte, demokratiefeindliche Gruppen nicht ansprechen
- Ressourcen, wie verschiedene Wertbilder rechtsorientierter Jugendlicher (Familie, Heimat) nutzen, um mit ihnen Projekte zu installieren und sich mit ihnen kritisch auseinander zu setzen.
- Eigeninitiative, Partizipation der Jugendlichen ist wichtiger pädagogischer Bestandteil der Arbeit, Sozialarbeiter sind keine „Freizeitanimateure“, Jugendliche in alle Schritte eines Projektes mit einbeziehen
- Einsatz verschiedener sozialpädagogischer Methoden, um mit den Jugendlichen demokratisch Projekte zu entwickeln (Zukunftswerkstatt, Freizeiten)
- Jugendliche die bereits aktiv sind, als Multiplikatoren für noch nicht aktive Jugendliche einsetzen
- Öffentlichkeitswirksam Ziele und Angebote präsentieren
- Welche persönlichen Ressourcen muss ein Sozialarbeiter mitbringen, wenn er mit rechtsextremistischen Gruppen arbeitet: Fähigkeit zur Selbstreflexion, gefestigte Persönlichkeit, kein übertriebener Idealismus, Konfliktfähigkeit, professionelle Distanzfähigkeit, ausgeprägtes Wissen über demokratische Grundstrukturen, gutes Geschichtsbewusstsein, sehr gutes Argumentationsvermögen, Wissen über eigene Belastungsgrenze, Fähigkeit zur Grenzziehung – Nein sagen können
- Großer Bestandteil in der Arbeit mit rechten Gruppen ist die Arbeit mit dem dazugehörigen Gemeinwesen: Häufiges Phänomen ist, dass die rechte Gruppe im Dorf nicht als Problem gesehen wird oder aus Angst werden Gewalttaten von rechten Jugendlichen verschwiegen. – Beratungsangebote an Bürger schaffen oder vermitteln, mit anderen Unterstützern Gemeinwesen auf prekäre Situation sensibilisieren und zum demokratischen Handeln vitalisieren.

Warum sind verschiedene Angebote, Treffs für rechtsorientierte Jugendliche interessant?:

- warmer Raum
- billiger Alkohol
- jemand hört mir zu

Stimmen verschiedene Rahmenbedingungen, wie sie oben genannt wurden, nicht überein, dann stellen Treffs, Clubs für rechtsextremistische Gruppen einen sehr guten Nährboden dar, ein Nest um sich wohl zu fühlen und nieder zu lassen.

5.2 AG 2: „Krisenintervention und Handlungsoptionen gegen rechtsextreme Gewalt“

Moderation: Friedemann Affolderbach/ Solvejg Hoepfner, Kulturbüro Sachsen

1. Begriff Rechtsextremismus

- Methode Kartenabfrage

Die TeilnehmerInnen der AG schrieben ihre Gedanken zum Thema „Was ist Rechtsextremismus“ auf Karten. Gleiche bzw. ähnliche Inhalte wurden zu Gruppen zusammengefasst und mit einer Themenüberschrift versehen. Damit näherte sich die Gruppe insgesamt einer Definition des Begriffs Rechtsextremismus aus ihrer Sicht:

- Generell ist Rechtsextremismus eine Ideologie
- wesentliche Punkte sind:
 - Anerkennung von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele
 - Anerkennung des Führerprinzips
 - Ungleichheit von Menschen (Rassismus, Nationalismus, Ausländerfeindlichkeit ...)
 - Erlangung von Macht
 - rechtradikale Propaganda
 - Organisationsformen (Skinheads, Hooligans, Verlage, DSU, NPD, Kameradschaften)
 - Extrem rechte politische Verortung in der Gesellschaft (Ablehnung von Demokratie)
 - Revision eines bestimmten Geschichtsbildes (Verherrlichung Nationalsozialismus, historisch falscher Bezug auf nordische Mythen)

2. Definitionsangebot Rechtsextremismus

Rechtsextremismus spiegelt sich in verschiedenen Diskursen wider, die in der Öffentlichkeit geführt werden:

- Rassismen
 - Diskurs um Körper, Gesundheit und Geschlecht
 - Rassismus / Nationalismus
 - Antisemitismus
- Völkischer Diskurs
 - Konstruktion einer klassenübergreifenden ethnischen und kulturellen Einheit
 - Funktion: scheinbare Aufhebung von Unterschieden wie z. B. zwischen arm und reiche
- Sozialdarwinismus
 - Übertragung von Naturverhältnissen auf die menschliche Gesellschaft (z. B. das Recht des Stärkeren zählt)
 - Naturalisierung von sozialen Fragen und gesellschaftlichen Widersprüchen

Die Kombination verschiedener Diskurse gepaart mit der Anerkennung von Gewalt als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele repräsentiert ein mehr oder weniger geschlossenes und verfestigtes Weltbild, das zu verschiedenen Organisationsformen führt und entsprechende Handlungsformen nach sich zieht. Mit zunehmender Organisationsdichte steigt auch die Ideologiedichte.

Einstellungs- & Wählerpotential → „politisch Interessierte“

subkulturell geprägte Milieus → „Sympathisanten“
(Hooligans, Musik, Mode, Mythologie, Deutungsangebote, Rekrutierung)

neonazistische Gruppen → „Unterstützer“
(Kameradschaften, Skinheads, HNG [Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene],
regional bzw. lokal politisiert)

Parteien / Organisationen → „Basis“
(NPD, REP, DVU, JLO [Junge Landsmannschaft Ostpreußen])

3. Möglichkeiten der Intervention in Gewaltsituationen

Die AG-Teilnehmer sahen sich gemeinsam den Film „Diensttag Gewalt in der U-Bahn“ an und diskutierten anhand der dargestellten Reaktionen von Fahrgästen auf eine Gewaltsituation angebrachte bzw. weniger taugliche Interventionsmöglichkeiten:

Handlungsoptionen

- Täter ansprechen
- Überlegen, was würde ich machen → vorbereitet sein
- Andere Menschen laut ansprechen
- Auf Unterstützung hoffen → durch direkte Ansprache Unterstützung organisieren / Aufmerksamkeit erzeugen
- Mutig sein
- Opfer ansprechen → es nach Möglichkeit aus der Situation herausholen
- Polizei rufen
- Mittel müssen immer der Situation angemessen sein

Probleme

- Gewaltsituationen sind unangenehm, oft drehen Leute bewusst den Rücken zu
- man ist allein
- Einsatz von Waffen kann provozieren → Situation eskaliert, eigenes Handeln wird lahm gelegt
- Woher nimmt man Mut?
- Angst → schnelles Handeln kann ein Mittel sein, um Angst einzudämmen

Blick ins Jugendhaus

- mit Jugendlichen diskutieren, welche Handlungsoptionen sie selbst sehen
- Situation durch Verlassen des Raumes entschärfen
- aggressive Musik kann Gewaltsituation verschärfen
- wenn dir rivalisierenden Gruppen / Menschen bekannt sind, beide ansprechen

4. Längerfristige Handlungsoptionen

Dazu arbeiteten die TeilnehmerInnen der AG in zwei Gruppen an einem Fallbeispiel. Die Ergebnisse beider Gruppen wurden in der Diskussion zusammengeführt:

Fallbeispiel:

Seit drei Wochen ist Peter, ein 17jähriger Schüler, neu im Klassenverband. Viel kann ich noch nicht über ihn sagen, aber er bereitet mir Kopfzerbrechen:

Er ist intelligent, kann sich gut ausdrücken und hat Interesse an geschichtlichen und sozialen Themen. Er scheint eine Führernatur zu sein, denn er kann die anderen Schüler beeindrucken und scharf junge Leute um sich. Bei politischen Themen ist er vorne dran und engagiert sich in der Vorbereitungsgruppe der Montagsdemo gegen Sozialabbau. Viele Schüler aus dem Klassenverband sind mit ihm zusammen zur Demo gegangen.

Mir fällt immer häufiger auf, dass er gern provoziert. Letzte Woche trug er zwei Tage lang ein T-Shirt mit dem Aufdruck „Europatournee 1939-45“.

Wie verhalten Sie sich?

Welche Möglichkeiten oder Reaktionen sehen Sie?

Ergebnisse der Gruppenarbeit:

- Persönliches Gespräch führen
 - zum T-Shirt-Aufdruck
 - zu Äußerlichkeiten
 - zu seinen Aktivitäten
- Informationen zum sozialen Umfeld von Peter sammeln
- Gesprächsrunden im Klassenverband führen zu z. B. folgenden Themen:
 - Montagsdemos
 - Ursachen Sozialabbau
- in den Diskussionen Meinungen und Einstellungen der Schüler filtern
- versuchen, den Jungen in den Klassenverband zu integrieren
- beobachten
- auf die Provokation eingehen
- Thematische Veranstaltungen organisieren (z. B. Gedenkstättenfahrten in ehemalige KZ, Filmvorführungen, Vorträge)
- historische Aufklärung
- professionelle Hilfe suchen bzw. Angebote in diesem Zusammenhang schaffen (z. B. Theaterpädagogik als Methode)

5.3 AG 3: „Jungen prügeln. Mädchen auch!“ Formen von Gewalt und geschlechtsspezifische Ausprägung

Moderation: Frank Haake, JuMP/ Dresden und Elvira Ploss

Übersicht

Anliegen des Workshops sollte die Erarbeitung der Unterschiede und Gemeinsamkeiten von Gewalt unter geschlechtsspezifischen Aspekten sein. Dabei waren ideologische Aspekte bewusst ausgespart worden, da Gewalt Gewalt ist und bleibt, egal von wem sie ausgeht.

Ausgangspunkt war eine differenzierte Betrachtung der Begriffe Aggression und Gewalt. Eine Definition war für eine gemeinsame Arbeit notwendig, da es in der Fachliteratur sehr verschiedene Ansichten gibt.

Beide Workshopleiter haben Begriffe eingeführt, die sich in der Anti-Gewalt - Arbeit und in Sozialen Trainingskursen bewährt haben.

Die Betrachtung des Themas unter geschlechtsspezifischen Aspekten berührt verschiedene Tabuthemen, die in der öffentlichen und der Fachdiskussion immer noch existieren:

- Gewalt von Frauen
- Männer und Jungen als Opfer

Da der Workshop auf eine gemeinsame Erarbeitung des Themas aufgebaut war, entstand konsequenterweise eine zeitweise sehr emotionale und konträre Diskussion, was einer rein theoretischen Erörterung im Wege stand, den Teilnehmern als Fachkräfte und Menschen und dem Thema sehr nahe kam.

à Aussetzen des Märchens

Inhalte

Gewalt ist die Androhung, der Versuch oder die Ausführung einer Handlung durch eine Person, mit welcher eine andere Person seelisch oder körperlich verletzt werden kann, oder wenn von einer anderen Person die Absicht bzw. die Gefahr verletzt zu werden wahrgenommen wird.

Aggression ist eine natürliche Verhaltenstendenz des Menschen. Vom Wortstamm her bedeutet das lateinische „aggređi“, soviel wie „näher, etwas in Angriff nehmen, die Initiative ergreifen“.

Aggression wird als ein wichtiger Teil der Fähigkeit zur Selbstbehauptung verstanden. Sie ermöglicht es, eigene Grenzen zu definieren, zu bewahren und zu erweitern.

Die Erarbeitung von persönlichen Glaubenssätzen oder Sprichwörtern zu Konfliktverhalten von Männern und Frauen oder erlebter Gewalt in der Kindheit brachte erstaunlicherweise sehr alltägliche Ansichten zum Vorschein.

Bei der näheren Betrachtung von Konfliktsituationen konnte ein komplexer Prozess sichtbar gemacht werden, der ein automatisches Handeln in Gewaltsituationen, ein „Es kommt über mich“ ad absurdum führte.

Eine konträre Diskussion entstand zu dem Tatbestand, wenn eine Mutter ihrem Kind eine Ohrfeige gibt. Es konnte im Workshop nicht erarbeitet werden, dass es eine erhebliche Grenzverletzung darstellt. Die Diskussion blieb in Rechtfertigungen und Neutralisierungen stecken. Wir konnten herausarbeiten, dass auch Frauen auf situative Hilflosigkeit und dem Gefühl der Machtlosigkeit mit Gewalt reagieren können. In diesem Zusammenhang hinterfragten wir gesellschaftliche Rollenbilder. In der christlichen Kultur ist Maria ein wichtiges weibliches Vorbild. Frauen wie Lilith (ihr Name fiel mir in der Diskussion nicht ein) waren aus der Bibel verbannt worden. In anderen Kulturen gibt es u. a. auch weibliche Gottheiten, die den Tod verkörpern.

Ausblick

Zu einer fachlichen Arbeit in sozialen und pädagogischen Bereichen gehört ein bewusster Umgang mit Emotionen. Gute Pädagogik hilft den Erziehern und den „Zuerziehenden“ mit ihren Emotionen umzugehen und sollte auch die Möglichkeit bieten, hinter den Handlungen versteckte Gefühle zu entdecken und zu verstehen. So kann sie Hilfe zur Selbsthilfe sein.

Frank Haake

Gedanken, Glaubenssätze, Sprichwörter zu Gewalt und Konfliktverhalten von Männern und Frauen

Frauen

Ein Junge/Indianer kennt keinen Schmerz.

Beißen, Kneifen und Kratzen beim Kämpfen machen doch nur die Weiber.

Hab dich nicht so mädchenhaft.

Gebt Euren Kindern zwei Dinge mit fürs Leben - Wurzeln zur Familie und Flügel, damit sie ihre eigenen Erfahrungen machen können.

Psychischer Druck: es wurde nicht geredet, es wurde geredet, über Leute aber nicht über uns à Oma es wurde vieles „übel“ genommen à tagelanger, wochenlanger seelischer Ausschluss

- à jeder hat vor seiner eigenen Tür zu kehren

- à ich rede in meiner Beziehung

- ich rede mit meinen Kindern über alles, Gott und die Welt à ich hatte viele Geheimnisse, habe vieles im Verborgenen getan

- à meine Kinder brauchen das nicht à Toleranz

Sei sittsam und bescheiden, das ist die schönste Zier, dann kann Dich jeder leiden und dieses wünsch ich Dir

Bis zur Hochzeit ist alles wieder gut.

Das ist nur was für Jungs/Männer.

Ich provoziere ihn ja auch.

Beeil Dich!

Du bist doch ein Mädchen.

Was du nicht willst, dass man dir tut, das füge auch keinem andern zu.

Hinter dem Rücken reden, tratschen.

Zickenalarm!

So was macht ein Mädchen doch nicht.

Männer

Ein Junge weint nicht, ein Junge spielt nicht mit Puppen.

Mann oder Memme?

Männer (Indianer) kennen keinen Schmerz.

Heulsuse!

Bis zur Hochzeit ist alles wieder gut!

Stell Dir vor, das man dir so was antut.

Geh zu Mutti damit.

Als Mädchen ist das nicht so gut, sonst werden nur (mehr?) Jungs gemacht.

Was die Nachbarn denken!

Versteh doch Mal!

In der Anlage befinden sich Übersichten zum Thema Gewalt.

6 Praxisbeispiel: Das Projekt "Partner der Straße" im Landkreis Sächsische Schweiz - Zusammenarbeit von Behörden, Initiativen und Vereinen im Rahmen der Jugendarbeit

Vortrag Daniel Mathe, PD Pirna

PD Pirna
KPI Pirna, Komm. Staatsschutz
Daniel Mathe (KOM)
Königsteiner Straße 6b
01796 Pirna
Tel.: 03501 553 383
Fax.: 03501 553 335
@: daniel.mathe@polizei.sachsen.de

Aktion Zivilcourage e.V.
Sebastian Reißig
Postfach 100 228
01782 Pirna
Tel.: 035 01 46 08 80
Fax.: 035 01 46 08 81
@: post@zivilcourage-pirna.de
www.zivilcourage-pirna.de

6.1 Gründung – auslösendes Moment

- erfolgte zum Jahreswechsel 2002/ 2003
- beteiligte Initiativen, Vereine und Behörden
 - Aktion Zivilcourage Pirna
 - Kulturbüro Sachsen, Mobiles Beratungsteam
 - Polizei Sachsen, Polizeidirektion Pirna, KPI Pirna
 - Kreisjugendamt

Im Rahmen der täglichen Arbeit wurden durch die einzelnen Projektmitglieder Probleme bei Bewältigung verschiedener Aufgaben festgestellt.

Folgende Schwierigkeiten und Probleme sollen im Rahmen des Projekts im Landkreis gelöst werden:

6.2 Gründe - Feststellungen

- Rechtsextremistische Tendenzen z.B. Gewalttaten und Bestrebungen über eigene Räume zu verfügen, hatten wieder zugenommen.
- Es gab Unzufriedenheit und Vorurteile bei Betroffenen gegenüber der Polizei, aber auch „Klagen“ bei der Polizei über mangelnde Bereitschaft, Anzeigen zu erstatten und als Zeugen auszusagen.
- Das Jugendamt wollte die SozialarbeiterInnen mit den zum Teil sehr komplexen Aufgaben nicht allein lassen und äußerte den Wunsch nach weiterer Qualifizierung von

Jugendsozialarbeit insbesondere im Umgang mit rechtsextremistischen Tendenzen und rechtsextremer Gewalt.

Immer deutlicher wurde die Notwendigkeit gesehen angesichts wachsender Probleme mit Rechtsextremismus in der Region mit verschiedenen Partnern zusammenzuarbeiten.

6.2.1 Beispiele – Polizei & Staatsanwaltschaft

- Probleme bei der Bearbeitung von Straftaten
- Widerspruch - Betreuung der Täter im Gegensatz zur mangelnden Unterstützung der Zeugen und Opfer
- „Anzeigeverhalten“ im Zusammenhang mit dem laufenden „SSS-Prozess“
- Straftaten wurden im Internet thematisiert (<http://afa13.antifa.net>)
- Vorwurf an die Polizei, dass diese nichts unternimmt

- fehlender Kontakt zu Jugendclubs
- kaum Kontakt zu Streetworkern bzw. SozialarbeiterInnen
- mangelnde Kenntnisse über die Arbeit der Jugendprojekte wie z.B. JugendLand

- Staatsanwaltschaft und Amtsgericht Pirna tragen bei Strafbefehlen keine örtlichen Vereine und Projekte ein, obwohl diese genommen werden könnten

nach Ansicht der Polizei werden „Arbeitsstunden“ herausgezögert bzw. nie geleistet (Maßregelung erfolgt an dieser Stelle nicht oder nur ungenügend)

6.2.2 Beispiele – Streetworker & SozialarbeiterInnen

- Gratwanderung in der Jugendsozialarbeit -

„Wann ist eine Strafanzeige unumgänglich?“

„Was kann ich tun, wenn Jugendliche einen JC „übernehmen“ wollen?“

„Wer setzt die Hausordnung im JC ggf. durch?“ (Hausverbot!)

„Einfluss der Jugendlichen auf ihre eigene Hausordnung?“

- Intensität und Einfluss der staatlichen Jugendarbeit
- Bsp. JugendLand – 2 Betreuer / ca. 30 Jugendclubs
- offene Jugendhäuser („HANNO“ in Pirna, „Geschwister Schollheim“ in Sebnitz)

O-Ton- „Im HANNO sind doch nur Linke...“

O-Ton - „Im Schollheim – ich geh doch nicht zu den Rechten...“

VERTRAUEN – GRENZEN – FINANZIELLE MITTEL

6.3 Workshops, Gespräche, Verbindungen

So gab es zunächst einen Informationsaustausch zu den verschiedenen Arbeitsfeldern von Polizei, Staatsanwaltschaft, Jugendgericht, Jugendgerichtshilfe, Jugendsozialarbeit und

Initiativen, die eine erste Annäherung ermöglichte. In diesem Rahmen fanden im Jahr 2003 Veranstaltungen statt.

Die ersten dienten der Klärung von

- Arbeitseinbindung,
- Arbeitsauftrag
- Arbeitskompetenz
- und der Frage nach Möglichkeiten der Kooperation.

Den Abschluss des Jahres 2003 bildete ein Fachvortrag mit anschließender Diskussion von Dr. Patrice G. Poutus (wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für zeithistorische Forschung Potsdam) zu Fremde und Fremdsein in der DDR.

praktische Umsetzung

- (Bsp. Landfriedensbruch JC Rosenthal)
- Vorbereitung der Opfer und Zeugen auf eine mögliche Gerichtsverhandlung
- gemeinsam mit der StA Dresden, Abtl. Innerer Frieden wurden die noch jugendlichen Opfer und deren Eltern über den Ablauf eines Strafverfahrens informiert (neutraler Veranstaltungsort – Jugendhaus „HANNO“ in Pirna)
- so wurde u. a. ein Kontakt zu Zeugen und Opfern über die Aktion Zivilcourage hergestellt
- hierbei müssen jedoch Grundsätze der Ermittlungen im Rahmen der StPO beachtet werden
- gemeinsame Diskussion mit Streetworkern, SozialarbeiterInnen zur Arbeit in Jas (Stadt, ländlicher Raum)
- Probleme bei der Selbstverwaltung ohne Kontrolle von außen
Rücksprache mit Polizei, Gemeinde oder der Stadt bei der Vergabe von Betreuungsaufgaben (ABM stellt keine langfristige Lösung dar)
- Jugendsozialarbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen – Vorstellen des Konzeptes der subversiven Verunsicherungspädagogik

Referent: Prof. Osborg , Hamburg

VA-Ort: AG Pirna Saal 1

Art: Vortrag, anschl. Diskussion

Verantwortlich: Kulturbüro Sachsen, MBT Pirna

- gemeinsame Diskussion mit Bürgermeistern bzgl. Jugendarbeit in den Städten und Gemeinden
- konkrete Zusammenarbeit mit Jugendamt, Jugendgerichtshilfe, AG Pirna, StA Dresden besprochen (Strafbefehle, Arbeitsstunden, Rücklauf)

Gedenkstättenpädagogik - ein Beispiel überregional (Buchenwald, Theresienstadt), Möglichkeiten in der Region (Pirna-Sonnenstein, Hohnstein) - Finanzierungsmöglichkeiten für Schulklassen und Jugendgruppen

6.4 finanzielle Mittel

- da es sich um keine Initiative bzw. Verein im herkömmlichen Sinn handelt, entstehen keine laufenden Kosten

- entstehende einmalige Kosten (z.B. Referenten) werden durch die Vereine, wie die Aktion Zivilcourage getragen

Räumlichkeiten sowie Technik werden ebenfalls durch die Initiativen, Vereine und Behörden bereitgestellt

6.5 Resümee

Das Projekt „Partner der Straße“ lebt von der intensiven Zusammenarbeit aller staatlichen Behörden, Vereinen, Initiativen und der Jugendsozialarbeit.

Dabei wurde festgestellt, dass ein kurzer Anruf mehr bringen kann, als ein reger Schriftverkehr.

Eine engere Zusammenarbeit zwischen Polizei und Jugendsozialarbeit wird angestrebt. Diese Zusammenarbeit wird jedoch von vielen Streetworkern und SozialarbeiterInnen als problematisch angesehen, da diese einen Vertrauensverlust befürchten.

Rücksprache der Bürgermeister bzw. der Verantwortlichen von Städten und Gemeinden mit der Polizei bei der Vergabe von Räumen und Betreuungsaufgaben. Jugendarbeit unter Nutzung der ABM sollte nur eine Notlösung bleiben.

Das Projekt lebt mit der täglichen Arbeit jedes einzelnen.

7 Fazit

Die TagungsteilnehmerInnen waren sich einig, dass Rechtsextremismus keineswegs nur ein Phänomen unter Jugendlichen ist. Sicherlich zeigt es sich bei Jugendlichen deutlich, durch das zur Schau tragen bestimmter Modemarken oder auch die Beteiligung an eindeutig rechtsgerichteten Demonstrationsveranstaltungen. Derzeit stattfindende politische Debatten um deutsche Leitkultur, Heimatbegriffe sowie Ein- und Ausbürgerungsstrategien zeigen jedoch einmal mehr, dass auch die so genannte politische Mitte immer weiter nach rechts rückt. Und das sind nicht Jugendliche. Eine ebenso hohe Zahl von NPD-Wählern und Sympathisanten der nationalsozialistischen Ideologie gibt es unter den älteren Generationen. Dies muss, so waren sich die TagungsteilnehmerInnen einig, ebenfalls thematisiert werden. Darüber hinaus ist als Ergebnis der Fachtagung darauf hinzuweisen, dass Rechtsextremisten nicht nur in Sachsen ein weit ausgebauten, länderübergreifendes System entwickelt haben, um Jugendliche für ihre Zwecke zu gewinnen. Sie bieten dazu diverse jugendgemäße Bekleidungs- und Musikartikel sowie ein scheinbar attraktives Freizeitangebot an. Dem gegenüber steht ein immer großmaschiger werdendes Netz an nicht kommerziellen Jugendfreizeitangeboten, welches aus stetig schrumpfenden öffentlichen Mitteln finanziert werden soll. MitarbeiterInnen der Mobilen Beratungsteams des Kulturbüros Sachsen wiesen darauf hin, dass die politischen Ebenen im Freistaat die Entwicklung des Rechtsextremismus zusätzlich oft nur aus der Distanz beobachten. Eine Aktivität entsteht meist erst dann, wenn die Situation bereits eskaliert ist.

Fest steht: Es gibt zahlreiche Aktivitäten gegen die Verbreitung des „Phänomens“ Rechtsextremismus. Wünschenswert wäre es nur, dass sich Politik und Verwaltung zunehmend eindeutiger gegen diese Tendenzen aussprechen und zivilgesellschaftliche Aktivitäten zu lassen und anerkennen, um Zeichen zu setzen. Darin waren sich alle auf der Tagung anwesenden ExpertInnen einig, dass es auch und nicht zuletzt Aufgabe der Politik ist, die Grundlagen dafür zu schaffen, dass Demokratie gelernt werden kann. Andreas Spieker, Vertreter des Ministeriums für Landwirtschaft und Umwelt, betonte die Vorhaben der neu gewählten Landesregierung, die im Koalitionsvertrag benannt sind. Es bleibt zu hoffen, dass diese Punkte perspektivisch umgesetzt werden und somit eine Zeit kommen wird, in welcher Jugendarbeit die Mittel haben wird, sich auf Prävention statt auf Reaktion konzentrieren zu können.

Christian Kurzke, Studienleiter Evangelische Akademie Meißen

Ulrike Worbs-Reichenbach, Jugendbildungsreferentin Sächsische Landjugend e.V.

Frank Thoraus, Sozialpädagoge Pro Jugend e.V.

Anhang

Sachsen und die Welt

»Ein Thema von erschreckender Aktualität«

Die Evangelische Akademie hatte eingeladen zum Thema »Rechtsextremismus im ländlichen Raum«

Meißen – Das ist doch schon lange nicht mehr nur ein Problem mit Jugendlichen«, sagt Ina-Maria Vetter. Die Gemeindepädagogin erzählt eine Begebenheit, die sich vor etwa acht Jahren ereignet hat: In einer Konfirmandengruppe werden rechtsextremistische Sprüche geklopft. Daraufhin suchen Mitarbeiter der Gemeinde die Eltern der Jugendlichen auf und schildern den Vorfall. Doch die Eltern reagieren anders, als es die Kirchenleute erwarten. Vati und Mutti sind voll des Lobes für ihre Schützlinge: »Die trauen sich wenigstens zu sagen, was ist.« Vetter ist überzeugt: Rechtsextremistisches Gedankengut ist längst »in allen Altersgruppen« verbreitet.



Dieses Transparent hing am Grimmaer Rathaus, vor dem sich die Bürger der Stadt im September 2001 zu einer Andacht und einem Bürgerfest versammelt hatten, um gegen eine NPD-Veranstaltung zu protestieren.

© Steffen Giersch

Ina-Maria Vetter lebt in Bad Schandau, in einer Gegend, die als Hochburg der Neonazis bundesweit in die Schlagzeilen geraten ist. Seit vielen Jahren ist sie auch Mitglied der Landessynode.

Nach dem Einzug der NPD in den Landtag hatte sie gehofft, dass die Kirche ein deutliches Wort finden würde, doch sie sah sich getäuscht. Zwar hatte Landesbischof Jochen Bohl auf der Synodaltagung im Oktober Rechtsextremismus als unvereinbar mit dem christlichen Glauben bezeichnet, aber das Kirchenparlament konnte sich zu keiner eindeutigen Erklärung durchringen. »Anfangs hatten wir überlegt: Was machen wir jetzt«, berichtet Vetter. Das Thema sei jedoch bald von der Tagesordnung verschwunden.

Gleichwohl will Vetter in ihrem Engagement gegen rechts außen nicht nachlassen. Also hat sie sich zu einer Tagung der Evangelischen Akademie Meißen zum Thema »Rechtsextremismus im ländlichen Raum« angemeldet – einer Tagung von »erschreckender Aktualität«, wie Studienleiter Christian Kurzke bemerkt.

Rund 50 Sozialarbeiter, Theologen und Mitarbeiter in der Jugendarbeit haben sich zwei Tage lang darüber ausgetauscht, wie dem Phänomen des Rechtsextremismus zu begegnen sei.

Einig waren sie sich darin, dass die Reaktionen viel zu spät kommen: Rechtsextreme Gesinnung sei mittlerweile weiter verbreitet, als es in den Wahlergebnissen ausgedrückt werde, berichtet etwa Professor Uwe Hirschfeld von der Evangelischen Fachhochschule für Sozialarbeit in Dresden. So sei es den Rechtsradikalen gelungen, über Jahre hinweg in vielen Dörfern »Cliques« aufzubauen. Das soziale Umfeld sei für die Jugendlichen entscheidend, und wenn es in einem Dorf nur eine rechtsradikale Clique gebe, schließe man sich ihr an, weil man keine Alternative habe. Die Ernte fahre die NPD jetzt im Landtag ein.

Einig waren sich die Teilnehmer auch in ihren Forderungen: Polizei, Justiz, Politik und Jugendarbeit müssten künftig enger zusammenarbeiten, Zivilcourage müsse gestärkt und das Engagement für Demokratie gefördert werden. Und vor allem benötige die Jugendarbeit mehr Unterstützung, da sich viele Sozialarbeiter überlastet und im Stich gelassen fühlten.

Um etwa Jugendliche zu einem Ausstieg aus der rechtsextremen Szene zu bewegen, sei ein »hohes Engagement« und ein »großes Wissen« erforderlich, betonte Hirschfeld. Aber, so der Professor: »Diese Jugendarbeit haben wir noch nicht.«

Uwe von Seltmann
02.12.2004
Ausgabe: 49-2004